Einzelpreis 30 Pfg. • 4. Jahrgang

Mittwoch, 1. Juni 1921

Nummer 249 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 36 M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.

Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ein Betrugsmanöver

Auflösung mit Hindernissen

Berlin, 31. Mai.

Ueber die Auflösung der Selbstschutzorganisationen ist der Interalliierten Militärkontrollkommission zu Händen des Generals Nollet die geforderte Liste vor Ablauf der dafür gesetzten Frist vorgelegt worden. In der Liste sind die ostpreußischen Grenzwehren, die bayrische Einwohnerwehr und die Organisation Escherich bezeichnet. Gleichzeitig sind Schritte unternommen worden, um die Gründe gegen die Auflösung, die seitens der hauptbeteiligten Landesregierungen teils aus rechtlichen, teils aus tatsächlichen Gründen geltend gemacht worden sind, den alliierten Mächten unter der Voraussetzung der Waffenabgabe zur Nachprüfung zu unterbreiten.

Die Gründe, die die Reichsregierung gegen die Auflösung der Einwohnerwehren vorbringen wird, sind dem Gedankenschatz Ludendorffs, Kapps und General Lüttwitz entnommen. Es sind also die Gründe von Hochverrätern, die die Einwohnerwehren zum Zwecke des Hochverrats, des monarchistischen Staatsstreiches und des Revanchekrieges aufrechterhalten wollen. Da der monarchistische Hochverrat nicht im Interesse einer Republik liegen kann, werden die Arbeiter die Pflicht haben, die Regierung zur Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren ohne jeden Vorbehalt und ohne jeden Hintergedanken zu zwingen.

Kahr drückt sich

Erklärung der USPD. im bayrischen Landtag

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

München, 31. Mai.

In der Sitzung des Haushaltausschusses im Bayrischen Landtage gab der Ministerpräsident von Kahr die immer wieder hinausgeschobene Erklärung zu der Entwaffnungsfrage ab. Wer eine Erklärung erwartet hatte, die Entscheidungen bringt, wurde enttäuscht, Kahr trug zunächst eine phrasenhafte Einleitung vor, die seine völlige Kapitulation in der Frage der Entwaffnung zum Ausdruck kommen läßt. Er führte aus, daß die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung die Erfüllung der Wiedergutmachung fordere. Die Einwohnerwehr hätte aber wesentlich zur Erhaltung der Ordnung beigetragen, so daß die Forderung nach Entwaffnung und Wiedergutmachung einen Widerspruch (??) in sich selbst einschließe. Die bayrische Regierung sei in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung entschlossen, in Erfüllung des Ultimatums in der Entwaffnung der Einwohnerwehren das Möglichste zu tun, wobei die Termine tunlichst eingehalten werden, sie halte aber an ihrer bisherigen Auffassung fest, daß die Einwohnerwehren nicht unter die Artikel 177/178 des Friedensvertrages und nicht unter das Gesetz vom 22. März 1921 fallen.

Die Reichsregierung habe sich bereit erklärt, diese Auffassung der Entente mitzuteilen; je nach der Stellungnahme der Entente würde die Reichsregierung von sich aus weitere Entschließungen treffen, wobei eine loyale Stellungnahme der bayrischen Regierung selbstverständlich sei. Die Einwohnerwehr sei der bayrischen Regierung in absoluter Treue ergeben, sie werde von sich aus in der Entwaffnungsfrage tun, was die Regierung von ihr fordere. Die Verhandlungen mit den Führern der Einwohnerwehren hätten nicht zum Zweck gehabt, von ihnen Handlungsfreiheit zu erlangen. Mit der Durchführung der Entwaffnung bringe die Regierung ein Opfer, das sie nicht von sich aus, sondern unter dem Druck unwiderstehlicher Gewalt bringe. Ihre Reichstreue werde dadurch gerechtfertigt.

Nach dieser Erklärung wurde die Sitzung auf eine Stunde vertagt. Nach Wiederaufnahme der Sitzung gab die Koalitionspartei ihr Einverständnis mit der Regierungserklärung kund. Abg. Timm (S. P. D.) gab eine Erklärung ab, die eine vollständige Aenderung in der Politik des Herrn v. Kahr konstatierte, der sich jetzt zu den Anschauungen bekehrt habe, die in dieser Frage von der S. P. D. bisher schon vertreten worden seien. Die Erklärung leide aber an Unvollständigkeiten, weil der Reichsregierung die Verantwortung für die Entwaffnung zugeschoben werde.

Abg. Gareis (U. S. P.) wandte sich gegen die Auffassung der S. P. D. **Der Ministerpräsident habe seine Auffassung auch heute nicht geändert;** entweder wolle die bayrische Regierung der Reichsregierung ihre außenpolitische Aufgabe auch weiterhin erschweren oder sie habe durch geheime Sonderverhandlungen in Ententekreisen Zusicherungen für ihre Stellungnahme erhalten. Redner fragte, was die Regierung zur technischen Durchführung der Entwaffnung bis zum 10. Juni vorbereitet habe, ob sie die Freikorpswerber zur Verantwortung ziehe und ob sie der Propaganda der Einwohnerwehr gegen die Entwaffnung entgegentreten wolle. In einer Erklärung, die Gareis namens der U. S. P. D. abgab, wird die Erklärung des Ministerpräsidenten eine Fortsetzung der bisherigen Politik des Ausweichens, des Zögerns genannt. Die Erklärung sagt zum Schluß:

„Die unklaren Zugeständnisse einer teilweisen Entwaffnung, wie sie in der Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten enthalten sind, sind vollständig ungenügend und nur geeignet, neue außenpolitische Schwierigkeiten zu schaffen. Die Zusicherung, daß die Entwaffnung von der Leitung der Einwohnerwehren selbst durchgeführt werden soll, ist ein Beweis, daß der Ministerpräsident sich von der unwürdigen Abhängigkeit dieser Kreise auch jetzt noch nicht zu befreien vermochte. Wir warten die Entscheidung der Reichsregierung in dieser Frage ab, erklären aber schon heute, daß wir niemals zu dem Ministerpräsidenten v. Kahr das Vertrauen haben können, daß er die Entwaffnung der Einwohnerwehren loyal durchführt, selbst wenn er anscheinend sich einer Aufforderung des Reichs zur bedingungslosen Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren fügen würde.“

Ministerpräsident v. Kahr erklärte hierauf zu dem Vorwurf, daß Bayern Sonderverhandlungen mit der Entente führe, daß alle Schritte im Einvernehmen mit der Reichsregierung getroffen worden seien; er unterstellt also damit der Reichsregierung, daß sie mit den Sonderverhandlungen mit der Entente einverstanden sei. Auf die von Gareis gestellten Fragen ging der Ministerpräsident mit keinem Worte ein. Besonders auffällig war, daß der Ministerpräsident behauptete, die Reichsregierung wolle den bayrischen Standpunkt, daß die Einwohnerwehren nicht unter die Artikel 177/178 des Friedensvertrages und nicht unter das Entwaffnungsgesetz vom 22. März fallen, der Entente mitteilen. Diese Behauptung bedarf eingehender Nachprüfung.

Eine weitere Debatte über die Entwaffnungsfragen wurde nach der Erklärung des Genossen Gareis kurzerhand abgeschnitten.

Die französischen Vorschläge

Frankreichs Antwort auf die englische Note

EE. Paris, 31. Mai.

Die französische Regierung hat die Note der englischen Regierung in der oberschlesischen Frage heute beantwortet. Frankreich nimmt von der Zustimmung Englands zu der Einsetzung eines Sachverständigenausschusses Kenntnis und sagt, wenn auch die französische Regierung erklären müsse, daß es zu Unzuträglichkeiten führen müsse, wenn diese Kommission ihren Sitz in Oppeln haben würde, so nehme sie doch diesen Vorschlag Englands an. Doch müsse sie an ihren Bedenken wegen der Zusammenkunft in dieser Woche festhalten, da erstens Briand durch die parlamentarische Debatte im französischen Senat zurückgehalten werde, und zweitens könnte eine Zusammenkunft des Obersten Rates nur dann von Nutzen sein, wenn die Berichte der Sachverständigen hierzu bereits vorliegen. Deshalb schlage die französische Regierung vor:

1. Einen gemeinsamen Schritt der alliierten Vertreter bei der Berliner und Warschauer Regierung unternehmen zu lassen, um die völlige Entwaffnung der beiderseitigen Landsleute der beiden Regierungen in Oberschlesien, sowie die Einstellung der Feindseligkeiten zu erwirken.

2. Die Absendung einer gemeinsamen Note an die alliierten Kommissare in Oppeln, um diese aufzufordern, durch Aufrufe oder andere geeignete Mittel die Bevölkerung aufzufordern, die Ruhe und Ordnung zu bewahren, und derselben gleichzeitig den Willen der alliierten Regierungen mitzuteilen, daß der Friedensvertrag in völliger Billigkeit zur Anwendung gelangen werde.

3. Sofortige Ernennung des Sachverständigenausschusses, der die nötigen Studien an Ort und Stelle vorzunehmen hätte. Erst nach dessen genauen Berichten solle dann der Oberste Rat zu einer Sitzung zusammentreten.

Schweigen ist Gold

Wie der Temps aus Oppeln meldet, hat die Interalliierte Kommission einstimmig beschlossen, die alliierten Regierungen zu ersuchen, über die Verhandlungen bezüglich der Aufteilung Oberschlesiens der Oeffentlichkeit keinerlei Mitteilung zu machen. Die Mitglieder der Kommission seien der Ansicht, daß jede Indiskretion die Kämpfe zwischen Polen und Deutschen aufs neue entfachen könne.

„Einmütigkeit“ im Kabinett

Wie die P. P. N. mitteilen, ergab die gestrige Kabinettssitzung völlige Einmütigkeit über die Erklärung der Reichsregierung, die morgen der Reichskanzler abgeben wird. Allerdings wurde eine materielle Entscheidung über die einzelnen Steuerprojekte und sonstigen Mittel zur Aufbringung der Reparationslasten noch nicht getroffen, sondern nur die allgemeine Richtung der Arbeit des Kabinetts auf diesem Gebiete festgelegt. Diese „Einmütigkeit“ bedeutet demnach gar nichts, wie wir bereits im Leitartikel dargelegt haben.

Teilweise Aufhebung des Belagerungszustandes. Der Belagerungszustand über die preußischen Gebietsteile Groß-Hamburgs ist aufgehoben worden. Die Aufhebung des Belagerungszustandes in weiteren Teilen Preußens (Mitteldeutschland und Ostpreußen) dürfte, wie die P. P. N. melden, in kürzester Zeit bevorstehen.

Die erste Bedingung

Erfassung der Goldwerte

Die Regierung hat im Laufe des gestrigen Nachmittags ihre Programmerklärung fertiggestellt. In der heutigen Reichstagssitzung, die um 4 Uhr beginnt, wird der Reichskanzler Wirth das Programm darlegen. Wir haben über die politischen Forderungen bereits gesprochen, haben gesagt, wie wichtig uns die Beseitigung des Ausnahmezustandes und der Sondergerichte, sowie der Erlaß einer Amnestie sind. Die gewundene und hinhaltende Erklärung der bayerischen Regierung läßt es auch unumgänglich erscheinen, daß die Reichsregierung mit aller Deutlichkeit und aller Entschiedenheit ausspricht, daß die Entwaffnung der bayerischen Orgesch und die Auflösung der Einwohnerwehren unverzüglich und vollständig durchgeführt werden müssen. Denn daß wir den Gauleitern der bayerischen Einwohnerwehren die Gestaltung unseres politischen Schicksals überlassen sollen, daß wir diesen plötzlich auf der politischen Bühne auftauchenden Gestalten zu Gefallen das Ruhrgebiet und Oberschlesien preisgeben sollen, ist zu grotesk, um vorstellbar zu sein. Schließlich ist Deutschland noch nicht das Schlierseer Sommertheater. Traurig genug, daß darüber noch ein Wort verloren werden muß.

Von besonderer Wichtigkeit ist aber das Wirtschaftsprogramm. Nun erwarten wir nicht, daß darüber morgen schon die Entscheidung fällt. Was immer Herr Wirth ankündigen mag, so verlangt die Ausführung eine Reihe von einzelnen Vorlagen, und um jeden einzelnen Schritt wird ein heftiger Kampf entbrennen. Die Arbeiterschaft muß wissen, daß sie in eine Periode wichtiger Entscheidungen eintritt, daß es von ihrer Bereitschaft, aber auch von ihrer Geschlossenheit abhängen wird, wer die Hauptlast der Reparationsverpflichtungen künftighin zu tragen hat. In der Koalitionsregierung selbst bestehen in diesen sehr komplizierten Fragen starke Gegensätze. Und wenn diese auch vielleicht durch eine allgemein gehaltene Erklärung zunächst überbrückt werden und dadurch äußerlich zurücktreten, so werden sie bei jeder konkreten Vorlage immer wieder zum Vorschein kommen. Und immer wieder werden die Versuche der bürgerlichen Parteien einsetzen, die Lasten zu einem möglichst großen Teile auf die Schultern der arbeitenden Schichten abzuwälzen.

Die wirtschaftliche Entwicklung, die seit dem Kriege, insbesondere aber seit dem Zusammenbruch eingesetzt hat, hat die Bevölkerung im allgemeinen in zwei große Gruppen geschieden: die einen sind die Besitzer der Goldwerte, die anderen die Empfänger von Papiermark.

Die Besitzer der Goldwerte sind diejenigen, die die Konjunktur in glänzender Weise auszunutzen imstande waren. Sie sind die Kriegs- und Friedensgewinner gewesen. Und selbst während der schweren ökonomischen Krise sind sie es, die infolge der mit der Geldentwertung zusammenhängenden wirtschaftlichen Vorgänge reiche Erträgnisse aus dem Besitz an Goldwerten ziehen. Sie sind es auch, die aus dem fortschreitenden Zerfall der Kriegs- und Zwangswirtschaft große Vorteile erreichen.

Umgekehrt ist die Lage der Empfänger von Papiermark. Die fortschreitende Entwertung des Geldes hat für sie eine ständig zunehmende Minderung ihres Realeinkommens bewirkt. Das gilt vor allem für die Lohn- und Gehaltsempfänger. Die Verbesserung in der Lebenshaltung, die in den ersten Monaten der Revolution durchgesetzt werden konnte, ist ganz automatisch durch die fortschreitende Papiergeldentwertung zunichte gemacht worden, und die Gewerkschaften sahen sich immer weniger in der Lage, die Löhne und Gehälter den ständig steigenden Preisen anzupassen. Im Gegensatz zu den Besitzern der Goldwerte sind die Empfänger der Papiermark immer weniger leistungsfähiger geworden.

Deshalb muß es der erste Grundsatz der Aufbringung der Reparationslasten sein, die Besitzer der Goldwerte heranzuziehen, das heißt also Grundbesitz, Industrie, Handel und Banken. Man wende nicht ein, daß diese Schichten bereits durch die Besitzsteuern so hoch belastet seien, daß sie keine neuen Mittel aufbringen könnten. Wir haben hier im einzelnen nachgewiesen, wie dieselbe Geldentwertung, die so niederdrückend auf die Papiermarkempfänger gewirkt hat, für die Besitzer der Goldwerte eine außerordentliche Erleichterung ihrer Steuerzahlung bedeutete, da diese Steuern zu einem großen Teile in entwertetem Gelde geleistet wurden. Insbesondere hat der Grundbesitz dadurch sowie durch Ausnutzung gesetzlicher Möglichkeiten bisher nur außerordentlich geringen Anteil an den Lasten gehabt. Hält man sich bloß die eine Tatsache vor Augen, daß die Neuregelung der Getreidewirtschaft den ländlichen Grundbesitzern insgesamt etwa 5 Milliarden Mark einbringen wird, daß für eine ganze Reihe landwirtschaftlicher Produkte bereits heute die Goldpreise erzielt werden, dann wird man über die Behauptung der Agrarier, daß der ländliche Grundbesitz, der sich während und nach dem Kriege seiner Hypothekenschulden fast restlos entledigen konnte, nicht belastet werden dürfe, ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen können. Ebenso braucht man nur die Geschäftsberichte unserer Industrie zu verfolgen, um über

ihre steuerliche Leistungsfähigkeit vollständig beruhigt zu sein.

Das Wirtschaftsministerium hat nun einen Plan ausgearbeitet, in dem diese Heranziehung der Goldwertbesitzer an erster Stelle steht. Grundbesitz, Industrie, Handel und Banken sollen ein Fünftel ihres Besitzes an die Allgemeinheit abtreten: der Grundbesitz, indem auf die Grundstücke eine Hypothek eingetragen wird, die Industrie, indem sie Gratisaktien oder Gesellschaftsanteile dem Reiche überträgt. Ein solches Vorgehen hat den Vorteil, daß hier die Steuer in einer Weise erhoben wird, in der sie nicht unterschlagen werden kann, und die Erfahrung mit den Besitzsteuern haben uns ja gelehrt, wie wichtig eine solche Erhebungsart ist. Sie bedeutet ferner den Anreiz, diese Lasten nicht einfach durch die Ueberwälzung auf den Konsumenten, sondern durch eine Steigerung der Produktionsfähigkeit einzusparen. Das ist sowohl für unsere Industrie als insbesondere auch für unsere Landwirtschaft von größter Bedeutung, auf die ein gewisser Zwang, zu intensiveren Betriebsmethoden zurückzukehren, ausgeübt werden muß. Eine solche Anteilnahme des Staates hat den weiteren Vorteil, daß mit der fortschreitenden Entfaltung der Wirtschaft auch der Anteil des Staates automatisch steigt.

Es ist natürlich, daß diese Erfassung der Goldwertbesitzer auf heftigen Widerstand stößt. Namentlich im Finanzministerium will man demgegenüber mit bloßen Steuererhöhungen und einigen fiskalischen Monopolen das Auslangen finden. Demgegenüber muß aber mit aller Entschiedenheit gesagt werden, daß Steuern in gleicher Weise Goldwertbesitzer und Papiermarkempfänger belasten, also Leistungsfähige und Leistungsunfähige, und deshalb von uns im allgemeinen bekämpft werden müssen. Es darf nicht in Frage kommen, daß die Schichten, die die eigentlich Leidtragenden der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung der letzten zwei Jahre geworden sind, die die Opfer der Zerrüttung des Staatshaushaltes und der daraus entspringenden ständigen Vermehrung des Papiergeldumlaufes sind, nun ebenso behandelt werden wie die Nutznießer dieser Entwicklung, die Besitzer der Goldwerte. Außerdem kann man mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß mit der Steuerflickerei doch kein Auslangen gefunden wird. Das bedeutet aber zugleich, daß die Notenpresse weiter funktionieren würde. Es muß aber immer wieder mit aller Deutlichkeit allen Lohn- und Gehaltsempfängern gesagt werden, daß unter der dadurch bewirkten fortschreitenden Geldentwertung sie in erster Linie leiden. Denn dadurch sinkt ihr Reallohn, verengt sich die Aufnahmefähigkeit des inländischen Marktes, wächst die Arbeitslosigkeit, wird die Stellung im Lohnkampf verschlechtert und die Möglichkeit genommen, die Senkung des Reallohns zu verhindern. Gleichzeitig wachsen die Staatsausgaben, wächst also das Defizit und damit die Notwendigkeit, noch mehr Papiergeld zu drucken. Dieser fehlerhafte Zirkel kann nur durchbrochen werden durch die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt. Diese Herstellung ist heute die wichtigste und dringendste Forderung der Sozialpolitik. Sie kann aber nur erfüllt werden, wenn endlich die Schonung der Besitzer der Goldwerte aufhört und diese zur Tragung der Lasten herangezogen werden.

Noch aus einem Grunde ist dies notwendig. Das Ministerium Wirth hat die Verpflichtung übernommen, die Forderungen der Entente zu erfüllen. Es kommt jetzt alles darauf an, daß wir vor der ganzen Welt zeigen, wie ernst es uns mit dieser Erfüllung ist. Die Gesundung der außenpolitischen Verhältnisse, die Wiederherstellung der weltwirtschaftlichen Beziehungen, die Kreditfähigkeit der deutschen Wirtschaft hängen davon ab. Die Regierung wird sich davor hüten müssen, mit untauglichen Mitteln an ihre Aufgabe heranzutreten. Die Unerfüllbarkeit der Ententeforderungen läßt sich nicht durch eine schlechte und unzulängliche Wirtschafts- und Steuerpolitik erweisen. Dazu sind die Wirtschaftspolitiker der Entente viel zu genaue Sachkenner. Nur wenn trotz aller wirklich zweckentsprechenden Maßnahmen unsere Wirtschaft den Leistungen nicht gewachsen wäre, können wir auf eine Aenderung rechnen. Deshalb müssen wir von vornherein alle Unzulänglichkeiten ablehnen. Und deshalb fordern wir, daß mit der Heranziehung der Besitzer der Goldwerte sofort Ernst gemacht wird.

Die Haftpflicht der Kappisten

Das Kammergericht hat vor einigen Wochen eine wichtige Entscheidung gegen einen Kappisten gefällt. Wie noch bekannt sein wird, haben die Kappisten, nachdem sie in Berlin eingerückt waren, den Unterschied zwischen Mein und Dein aufgehoben. Sie machten aus Berlin ein Etappenparadies und klauten alles zusammen, was sie für ihren Feldzug gebrauchten. Die Offiziere hatten es vor allem auf die Autos abgesehen. Denn Reiten oder gar zu Fuß gehen ist nicht mehr standesgemäß; jeder echte deutsche Offizier, der für die Wiederherstellung der alten Ordnung kämpft, braucht unbedingt einen Kraftwagen. So wurden denn in den Märztagen 1920 überall die Privatautomobile angehalten und auf offener Straße „beschlagnahmt". Der Besitzer eines solchen Privatautomobils hat darauf gegen einen Rittmeister a. D., der sich als „Polizeioffizier der Reichskanzlei" ausgab, Klage angestrengt und Ersatz für den durch die widerrechtliche Beschlagnahme des Wagens entstandenen Schaden beansprucht. Das Kammergericht gab der Klage statt und führte in der Begründung aus, daß das Eigentum des Klägers durch die Beschlagnahme widerrechtlich verletzt worden sei. Der Rittmeister führte zu seiner Entschuldigung an, daß er auf Befehl seiner Vorgesetzten gehandelt habe. Das Gericht stellte demgegenüber in der Urteilsbegründung fest:

„Es kann dahingestellt bleiben, ob der Beklagte den Wagen beschlagnahmt hat. Mindestens hat er schon durch die für den Wagen am 15. März 1920 erteilte Anweisung wissentlich der Kapp-Regierung zur Benutzung des Wagens durch die Tat Hilfe geleistet, so daß er jedenfalls nach § 830 Abs. 2 B.G.B. als Gehilfe (§ 49 St.G.B.) haftet. **Er brauchte und durfte seinen militärischen Vorgesetzten keinen Gehorsam leisten, sie hatten sich, wie ihm bei der ganzen Art des Kapp-Unternehmens zweifellos bekannt war, außerhalb der Verfassung gestellt.** Er wußte auch offenbar, daß er zum Gehorsam nicht verpflichtet war, denn nach der damals schon längst in Kraft getretenen Reichsverfassung sind auch die Angehörigen der Wehrmacht auf sie zu beeidigen (Art. 176). Endlich ist er sich — wie keiner weiteren Begründung bedarf — auch bewußt gewesen, daß er durch seine Anweisung vom 15. März 1920 dazu beitrug, das Eigentum des Klägers zu verletzen, ihm sogar einen Vermögensschaden zuzufügen." (Aktenzeichen 14 U 10318/20.)

Aus dieser Urteilsbegründung geht klar hervor, daß die Kapp-Rebellen, ob sie nun Führer im Sinne des Amnestiegesetzes waren oder nicht, sich eines Verbrechens schuldig gemacht haben. Dem Sinne nach müßte demnach auch jeder Offizier oder jede andere Persönlichkeit, die den Kapp-Putsch unterstützt hat, bestraft werden, und zwar nicht nur zivilrechtlich, sofern ein Kappist privates Eigentum geschädigt hat, sondern auch strafrechtlich. Durch die Amnestie freilich sind die meisten Kappisten vor der Verfolgung geschützt, da keiner von ihnen Führer im Sinne des Amnestiegesetzes gewesen sein will, und die wenigen, bei denen die Führerrolle nicht abgeleugnet werden kann, entgehen durch die Begünstigung der Gerichte ihrer strafrechtlichen Verfolgung.

Wie unterschiedlich die Arbeiter im Gegensatz zu den Kappisten behandelt werden, dafür mag als Beispiel nur die Tatsache herangezogen werden, daß in Mitteldeutschland vor den Ausnahmegerichten jeder Arbeiter, der eine Requisition für die sogenannte „Rote Armee" vornahm, grundsätzlich mit Zuchthaus bestraft wird. Den kappistischen Offizieren kann solches Unheil nicht widerfahren.

Plumpe Demagogie

Die gestrige Eröffnungssitzung des Reichstages hatte zunächst eine Geschäftsordnungsdebatte über sich ergehen zu lassen. Unter Zustimmung der Unabhängigen verlangten die Kommunisten, daß die Anträge auf Aufhebung des Belagerungszustandes der Sondergerichte auf die Tagesordnung gesetzt werden. Der Widerspruch der Deutschnationalen, für den der Rechtssozialist Müller-Franken die Begründung geliefert hatte, verhinderte das.

Plumpe Demagogie aber war der zweite Vorstoß der Kommunisten auf sofortige Erledigung der zur Erwerbslosenfrage gestellten Anträge. Die Initiative zu diesen Anträgen überhaupt ist bekanntlich von den Gewerkschaften ausgegangen, deren Forderungen dann von den beiden sozialistischen Parteien als Anträge eingereicht wurden. Erst viel später hinkten die Kommunisten, da sie ja gerade mit der Aufgabe beschäftigt waren, sich gegenseitig die Köpfe einzuschlagen, mit ihrem Antrage hinterher.

Einmütig überwies der Reichstag vor den Ferien diese Anträge, wie stets üblich, einem Ausschuß. Wir berichteten bereits, daß der Ausschuß am Montag und Dienstag die Anträge beraten, und den Teil, der die Fürsorge für die langfristig Erwerbslosen betrifft, erledigt hat. Sobald der gedruckte Beschluß vorliegt — und das dauert in der Regel nur ein bis zwei Tage —, erfolgt die Beratung im Plenum.

Es entsprang deshalb nicht sachlichen Motiven, sondern dem Wunsch, aus der durch eigenes Verschulden ins Hintertreffen gekommenen Lage herauszukommen, daß trotzdem Malzahn beantragte, die Anträge zur Erwerbslosenfrage, die überhaupt noch nicht erledigt sind, mit einem Mal wieder im Plenum zu behandeln. Er tat das, **obwohl er im volkswirtschaftlichen Ausschuß am Montag ebenfalls damit einverstanden war, daß über die Anträge, soweit sie die Unterstützung der Erwerbslosen und die produktive Erwerbslosenfürsorge betreffen, erst in der nächsten Woche abgestimmt werden soll,** wenn die Regierung den von ihr verlangten Bericht über die Wirtschaftslage vorlegt. Die Zustimmung dazu konnte Malzahn natürlich geben, weil das durchaus keine Verzögerung bedeutet, sondern weil diese Frist notwendig ist, um den Druck auf die Regierung und die bürgerlichen Parteien, die in diesem Augenblick jede Erhöhung der Unterstützung abgelehnt hätten, so zu verstärken, daß sie das nicht wagen. Malzahn aber hatte anscheinend das Bedürfnis, zu zeigen, daß ihm an der Besserstellung der Erwerbslosen nichts, an Radau im Parlament aber alles liegt. Und so forderte er denn die sofortige Beratung im Plenum, die, wenn sie erfolgt wäre, die völlige Ablehnung aller Anträge zur Folge gehabt hätte.

Das hat natürlich die Unabhängige Fraktion nicht verantworten können; die Interessen der Erwerbslosen sind ihr dafür zu heilig, selbst wenn sie nun unwahre Angriffe der Kommunisten über sich ergehen lassen muß.

Wirth bleibt vorläufig Finanzminister

Zu den Nachrichten, die einige Blätter brachten oder durch die Wandelgänge des Reichstags und preußischen Landtags gingen, daß Herr von Stauß, der Direktor der Deutschen Bank, oder der preußische Finanzminister Sämisch als Reichsfinanzminister in Aussicht genommen worden seien, hören die P. P. N., daß beide Meldungen unzutreffend sind. Denn Herr Reichskanzler Wirth wird vorläufig den Posten des Reichsfinanzministers weiterhin beibehalten, da er entschlossen ist, die Ausarbeitung der Reparationsabgaben selbst in der Hand zu behalten.

Bescheidene Rechtssozialisten

Bei der Bildung des Kabinetts Wirth waren der Sozialdemokratie 4 Sitze zugebilligt worden. Nachdem indessen Dr. Walter Rathenau Wiederaufbauminister geworden ist, blieb für die Sozialdemokratie kein Ministerium mehr offen. Unter diesen Umständen war ihr anheimgestellt worden, einen Minister ohne Portefeuille namhaft zu machen. Wie die P. P. N. hören, hat die Sozialdemokratie indessen vorgezogen, unter diesen Umständen auf den vierten Minister völlig zu verzichten.

Oberschlesien als Sammelpunkt der Orgesch

Durch eine Verfügung hat der Reichspräsident Ebert die Bildung bewaffneter Organisationen für Oberschlesien verboten und auch für Werbungen solcher Art Strafe angedroht. Mit dieser Verfügung geht es aber so, wie mit allen Verboten, die sich gegen Rechtsputschisten und Gegenrevolutionäre richten: sie sind das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben sind. Die Orgesch kümmert sich um die Verfügungen jedenfalls nicht; sie setzt die Werbungen munter fort, und auch die Transporte nach Oberschlesien gehen weiter vor sich, weil sich auf Grund der bisherigen Gerichtspraxis die Orgeschleute vor einer Bestrafung eben nicht zu fürchten brauchen.

Oberschlesien ist schon heute zu einem Sammelbecken für die gegenrevolutionären Banden geworden. Nachdem ihnen der Durchzug durch den Freistaat Sachsen verwehrt worden ist, haben sie sich jetzt die Provinz Sachsen als Durchmarschgebiet ausersehen. In Halle sind wiederholt Orgeschtransporte nach Oberschlesien festgestellt worden. Um der damit verbundenen Gefahr zu begegnen, wendet sich die U. S. P. D. des Bezirkes Halle-Merseburg gemeinsam mit den Kommunisten an die gesamte Arbeiterschaft Mitteldeutschlands, namentlich aber an die Eisenbahner, diesem Unfug mit allen Mitteln entgegenzutreten und die Transporte der Orgesch nach Oberschlesien aufzuhalten. In dem Aufruf heißt es:

„Nach eingehender Besprechung der Parteien und Gewerkschaften herrscht einmütig die Auffassung, die Eisenbahnerbetriebsräte bei der Durchführung ihrer wichtigen Aufgabe zu unterstützen.

Eisenbahner! Wo ein Orgeschmann sich zeigt, laßt ihn nicht zum Sammelplatz der Konterrevolution — nach Oberschlesien — fahren. Haltet die Transporte an. Werdet ihr bedroht, dann ruft die gesamte Arbeiterschaft zu Hilfe.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Seid wachsam, duldet keine Vorbereitungen zu einem neuen Kriegsabenteuer, zu einem neuen Kapp-Putsch. Widersetzt Euch allen Versuchen, die darauf hinauslaufen, Deutschland in ein neues blutiges Abenteuer zu stürzen."

Nachdem das Verbot der Regierung von den Orgeschleuten nicht beachtet wird, ist die Selbsthilfe der Arbeiter der einzige Weg, der Deutschland vor einer neuen Katastrophe retten kann.

Kriegsspiel in Hinterpommern

Uns wird geschrieben:

Ich verweilte in der Pfingstwoche in Falkenburg in Hinterpommern. Bald mußte ich mich fragen, leben wir noch in der wilhelminischen oder sind wir in der republikanischen Zeit? Bei meinem ersten Gange durch die Stadt komme ich am Amtsgericht vorbei, und im Sonnenschein leuchtet mir das „Kgl." entgegen. Am Rathaus prankte noch das „Königliche" Standesamt. Nur von der Post hatten die Beamten das „Kaiserliche" entfernt, aber dafür war das „Kaiserliche" noch auf den Dörfern zu lesen. Auch waren noch in Hinterpommern „Königliche" Domänen. Hier gibt es noch viel Arbeit für die Herren Minister und für den Entwaffnungskommissar.

Am dritten Feiertag war hier Schützenfest. Um 9 Uhr traten etwa 40 Mann mit grünem Rock, der erst seit kurzer Zeit üblich ist, und geschmücktem Gewehr an. Zuerst wurde die Fahne, die auf der einen Seite schwarz weiß rot ist, abgeholt, hinterher der Schützenkönig und dann die Ehrenmitglieder, zu denen der Bürgermeister gehört. Voran gingen die Ortsdiener. Mit klingendem Spiel eines nationalistischen Marsches ging es zum Festplatz. Was würde geschehen, wenn freidenkende Arbeiter solchen Aufzug mit Waffen machen würden? Dann würde der Herr Bürgermeister nicht mitmarschieren, sondern würde auf Entwaffnung dringen. Hier sind die Schützen und Kriegervereinler die preußische Orgesch. Was von Bayern verlangt wird, muß auch hier durchgeführt werden.

Kriegshetzer unter sich

Der **„Nationalverband Deutscher Offiziere" und der „Verband national gesinnter Soldaten"** hielt gestern abend in der Sing-Akademie eine **Skagerak-Feier** ab, die eine wüste nationalistische Kundgebung darstellt. Vizeadmiral **von Trotha**, General d. Inf. **von Dickhuth-Harrach** und Oberfeuerwerksmaat Rissen hielten Ansprachen, um den deutschen Geist der Rache zu beschwören. Die erlauchte Versammlung erhofft von den oberschlesischen Freiwilligen, daß sie den Spieß umdrehen und nach Berlin marschieren, um mit den Verrätern wie General v. Groener und anderen Offizieren, die sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen gestellt hätten, aufzuräumen.

Wir bringen einen ausführlichen Bericht der Kundgebung in der Abendausgabe.

Gegen das Reichsschulgesetz

Dresden, 31. Mai.

In der heutigen Sitzung des sächsischen Landtages wurde in dritter Lesung eine Vorlage über die **Trennung des Kirchen- und Schuldienstes der Volksschullehrer gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen.**

Ferner wurde gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien nach mehrstündiger Debatte folgender Antrag der unabhängigen Fraktion angenommen,

„die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung Einspruch zu erheben **gegen den vorliegenden Entwurf eines Reichsschulgesetzes**, der dem Gedanken der einheitlichen, allgemeinen Volksschule widerspricht und einen Rückschritt in der Entwicklung des Volksschulwesens bedeutet".

Die Redner der bürgerlichen Parteien (außer den Demokraten) stellten sich zwar ebenfalls auf den Standpunkt, daß auch sie diesen Gesetzentwurf ablehnen müssen, jedoch aus gerade entgegengesetzten Gründen wie die Linksparteien. Sie finden, daß der Gemeinschaftsschule zuviel Rechte in dem Entwurf eingeräumt sind, und wollen die Beibehaltung und weitgehendste Bevorzugung der konfessionellen Schule erkämpfen. Kultusminister Genosse **Fleißner** führte aus, daß er Anweisung gegeben hat, daß seine Fraktion im Reichstag energisch gegen den Entwurf Stellung nimmt. Der Vertreter der Zentrumspartei behauptete, daß seine Fraktion im Reiche nichts mit dem Entwurf zu tun habe.

Schweinisches Deutschtum

In der illustrierten Beilage der „Deutschen Tageszeitung" besingt ein anonymer Verseschmied sein „Deutschtum". Nachdem er das hohe „Heldentum" seiner Kaste in allen Tonarten gefeiert hat, beschimpft er denjenigen, dem nach seiner Ansicht die Kraft zum Weiterkämpfen fehle. Von ihm sagt er:

Ihm sank ohn' Kampf und Streiten
Die Fahne in den Mist;
Mit ihm will ich nicht reiten —
Das Schwein ist Pazifist.

Wir finden, daß ein Pazifist, der gemeinsam mit einem Manne vom Schlage des Versemachers der „Deutschen Tageszeitung" nicht weiter kämpfen wollte, sehr edel gehandelt hat. Wer sein sogenanntes Deutschtum derartig schweinemäßig zur Schau stellt, kann nicht verlangen, daß sich anständige Menschen mit ihm in eine gemeinsame Kampffront stellen.

Der Mann aus dem Osten

Wie der Märzputsch entstand

In seiner bereits erwähnten Rede in der Sitzung des Zentralausschusses der V. K. P. D. vom 4. Mai, die er jetzt als Broschüre herausgegeben hat, hat Paul Levi auch genaueren Aufschluß über die Entstehung des Märzputsches gegeben. Er sagte:

„Ende Februar oder in den ersten Tagen des März dieses Jahres kam **in Deutschland ein Genosse an, der bisher noch nicht in Deutschland gearbeitet hatte.** Er hat, ich glaube am 10. März mit der Genossin Klara Zetkin eine Unterredung gehabt, die auf die Genossin Klara Zetkin einen **so niederschmetternden Eindruck** gemacht hat, daß sie in einer **gewissen Bestürzung** zu mir kam und mir von dem Inhalt der Unterredung Mitteilung machte, und indem sie zugleich sagte, daß sie es künftig ablehnen werde, mit diesem Genossen ohne Zeugen zu konferieren. Ich hatte dann am 14. März mit demselben Genossen eine Unterredung, und in dieser Unterredung hat der Genosse nicht nur mir dasselbe gesagt, was er nach der Erzählung der Genossin Zetkin ihr gesagt hatte, sondern, es tut mir leid, den Genossen, die jene Ausführungen auf der Sitzung vom 17. März machten, den Ruhm der Originalität wegnehmen zu müssen, wörtlich das, was in den Stellen stand, die ich auszugsweise aus dem Protokoll des Zentralausschusses veröffentlicht habe. Auch die zwei bis drei Millionen, die in einer „Angriffsaktion" für uns kämpfen werden, waren schon da. . . . Ich sage da bestimmt und heute noch, das kann und sollte auch von jenen Genossen nicht geleugnet werden: **der erste Anstoß zu dieser Aktion in der Form, wie sie erfolgte, kam nicht von deutscher Seite. . . ."**

Damit bestätigt Levi die von uns von Anfang an aufgestellten Behauptungen von dem russischen Ursprung des Märzputsches.

Restertag im Stadtparlament

15 Mill. M. für das Kinderelend — gegen die Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurden alle Vorlagen der letzten Sitzung bis auf einige wenige erledigt, so daß die für Donnerstag angesetzte Sitzung ausfallen kann. Es ging auch diesmal nicht ohne erregte Debatten ab, und wie schon so oft, war es auch diesmal der bekannte Pfarrer Koch, der die Versammlung provozierte, indem er allerlei Vorwürfe erhob.

War die Haltung der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei bei der Bewilligung der Mittel für die 10-Pf.-Zulage für Schwerstarbeiter eine Absage an die Arbeiterschaft, so zeigten sie bei der Bewilligung von 15 Millionen Mark zur Behebung des Kinderelends, daß sie in allen sozialen Fragen nur Worte, aber keine Taten zeigen. Sie verlangten, daß beide Vorlagen einem Ausschuß überwiesen werden, in der Hoffnung, sie dort verschleppen zu können.

Die Haltung der sozialistischen Parteien aber verhinderte dieses Verschleppungsmanöver.

Sitzungsbericht

Auf der Tagesordnung steht die Anfrage des Stadtv. v. Eynern u. Gen. (D. Vp.), ob in Aussicht genommen ist, die Benutzung der Lebensmittelkarten zu Reklamezwecken weiter auszugestalten und ob die Engelhardtbrauerei ein Entgelt dafür zahlt, daß das Wort „Engelhardt-Caramel-Malzbier" als Stichwort für die Brotkarte gewählt ist.

Frau Stadtv. Kirchner, die den Antrag begründet, weist darauf hin, daß dem Vernehmen nach durch diese Lebensmittelkarten-Reklame die sehr hohen Druckkosten für die Lebensmittelkarten erheblich vermindert wurden.

Stadtrat Wutzky: Die Vergebung der Brotkarten zur Reklame beruht auf eingehender Beratung der Deputation und des Magistrats. Die Vergebung ist an eine Firma erfolgt, mit der ein Abkommen in der Weise getroffen ist, daß sie einen bestimmten Betrag ihrer Einnahmen aus der Reklame an die Stadt zu zahlen hat. Die Engelhardtbrauerei bezahlt ein Entgelt für ihre Reklame. Eine Besprechung knüpft sich an diese Antwort nicht.

Stadtv. Dr. Kaufhold (Dn.) begründet sodann einen Antrag Lüdicke u. Gen.: Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, zur Behebung der Wohnungsnot beschleunigt darauf hinzuwirken, daß 1. der Ankauf von Hotels und sonstigen Häusern für wirtschaftliche Verbände, Syndikate und andere Verkaufsorganisationen unterbunden wird; 2. die Reichs- und Staatsregierung durch schnellere Auflösung der im Kriege gebildeten Zwangsbewirtschaftungsstellen Räume für neue Bureauzwecke und für Wohngelegenheiten schafft. — Nach kurzer Erörterung wird der Antrag in seinem ersten Teile angenommen, im zweiten Teile abgelehnt.

Die einem Ausschuß überwiesene Vorlage betr. die Gastwirtschafts- usw. Konzessionssteuer wird mit den vom Ausschusse vorgeschlagenen Steuersätzen angenommen. — Die Vorlagen betr. die Schaffung der Stelle eines Generalsteuerdirektors und zweier Stellen für Abteilungsdirektoren der Generalsteuerdirektion gehen auf Antrag des Stadtv. Dr. Steiniger (Dn.) an einen Ausschuß. — Auf einen Antrag Merten (Dem.) wird auch das vorgelegte Ortsgesetz zur Regelung der Verhältniswahl der Stadtverordneten usw. als Mitglieder der zu bildenden Bezirksdeputationen einem Ausschuß überwiesen.

Der Versammlung liegen die Satzungen für die Hochbaudeputation und die Tiefbaudeputation vor. Ein von rechter Seite gestellter Antrag auf Ausschußberatung wird abgelehnt. Stadtv. Fabian beantragt nunmehr eine zweite Lesung, die in nächster Sitzung stattfinden soll.

Stadtv. Bruns (Soz.) stellt den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, seinen Beschluß aufzuheben, nach welchem die Verwaltung der Stadtbibliothek und Volksbüchereien von den ausgesetzten Etatsummen nur 20 Prozent verausgaben darf, und anzuordnen, daß die volle Summe zu Neuanschaffungen verwendet werde. Angesichts der hohen Bücherpreise sei es falsch, auf diesem Gebiet zu sparen. — Nachdem die Stadtv. Galle (Zentr.) und Dr. Dove (Dem.) sich zustimmend geäußert hatten, wurde der Antrag Bruns angenommen.

Bei der Uebernahme des Kreiskrankenhauses Reinickendorf durch die Stadtgemeinde Berlin hat die Stadtverordnetenversammlung am 26. April 1921 beschlossen, der Uebernahme unter der Voraussetzung zuzustimmen, daß die zu zahlenden Beiträge als Vorschußzahlungen bei der Gesamtabrechnung in Betracht kommen. Der Magistrat glaubt, daß dieser Vorbehalt nicht im Interesse der Stadtgemeinde liege, und beantragt, diesen Vorbehalt abzulehnen. — Unter Ablehnung eines Antrages v. Eynern (D. Vp.) wurde die Magistratsvorlage angenommen.

Eine längere Aussprache knüpfte sich an eine Vorlage, daß die Stadtgemeinde für ein von der Volksbühne aufzunehmendes, auf das Theatergrundstück am Bülowplatz grundbuchlich einzutragendes Darlehn bis zum Betrage von 7 Millionen Mark nebst Zinsen die selbstschuldnerische Bürgschaft übernehme und daß die auf das genannte Grundstück für die Stadtgemeinde eingetragenen Hypotheken von 1,5 Millionen Mark und 15 000 M. im Range hinter die jetzt an zweiter Stelle eingetragene Hypothek von 1 Million Mark zu treten habe.

Stadtv. Dr. Steiniger (Dtn. Vp.) beantragte Ausschußberatung. Stadtv. Frau Dr. Meyer (Dsch. Vp.) und Helmke schließen sich diesem Antrage an.

Die Stadtv. Harnisch (Unabh.), Gaebel (Komm.) und Dr. Löwy (Soz.) sind gegen Ausschußberatung und für sofortige Annahme. Der Antrag des Magistrats wird angenommen. Stadtv. Lüdicke (Dtn. Vp.) widerspricht und beantragt eine zweite Lesung.

Vom Stadtv. Roeder u. Gen. (W. Vg.) liegt der Antrag vor, der Magistrat möge anordnen, daß die Verkaufsstände in den Markthallen auch an den Sonnabenden nicht erst um 8 Uhr, sondern den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend um 7 Uhr geschlossen werden. Der Antrag wird allseitig unterstützt und angenommen. — Ein Antrag Dr. Weyl und Gen. (U. S.) auf Einsetzung einer Deputation für das Feuerlöschwesen wird ohne Erörterung angenommen.

Stadtv. Albrecht (D. Vp.) berichtet namens des Ausschusses über die teilweise Stillegung des Gaswerks II in der Gitschiner Straße und empfiehlt: sich mit der Stillegung einverstanden zu erklären und für die erforderlichen Rohrlegungen zwischen dem Gaswerk Neukölln und dem Alt-Berliner Weichbild den Betrag von 1 772 000 M. zu bewilligen. — Stadtv. Kimbel (Dtn.) empfiehlt den Antrag.

Stadtv. Letz (Kom.) beantragt, die zur Entlassung bestimmten 142 Arbeiter nicht einfach zu entlassen, sondern den Magistrat zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die Ueberführung dieser Arbeiter in andere städtische Betriebe ermöglicht werde.

Stadtv. Müntner (S. P. D.) beantragt: Die Stillegung des Gaswerks nur in dem Umfange erfolgen zu lassen, als Härten bei den Entlassungen von Arbeitern sich vermeiden lassen. Der Magistrat möge ersucht werden, geeignete Maßnahmen in dieser Beziehung zu treffen. — Stadtv. Dr. Michaelis (Dem.) hätte die Vorlage zur Stillegung des völlig veralteten Gaswerks in der Gitschiner Straße schon längst erwartet.

Stadtv. Schulz (Unabh.) will nur die Kosten der Umlegung der Gasrohrleitungen bewilligen, lehnt aber die Stillegung des Gaswerkes ab.

Stadtv. Fabian (Dtn. V.), ein Vertreter der Deutschen Volkspartei und der Stadtv. Wagenführ (W. Vg.) wünschen Ausschußberatung. Mit Annahme eines im Ausschuß abgelehnten Antrages Bruns und Genossen (Soz.), bei der Stillegung möglichst Härten in den Arbeiterentlassungen zu vermeiden, wurde der Magistratsvorlage zugestimmt.

Es folgt die Vorlage betreffend Feststellung derjenigen technischen Betriebe, für welche Zahlung des Zuschlages für erschwerte Arbeit an die dort beschäftigten Arbeiter erfolgen soll.

Stadtv. v. Eynern (D. Vp.): Die Versammlung könne, wie er beantrage, nichts anderes tun, als die Vorlage dem Magistrat zurückzugeben, bis er die geeignete Deckung gefunden hat.

Stadtv. Haß (S. P. D.) empfiehlt dagegen dringend die Annahme der Vereinbarung vom 26. Mai d. J. für die Zahlung des Zuschlages von 10 Pf. für erschwerte Arbeit je Stunde an die in den benannten technischen Betrieben beschäftigten Arbeiter vom 1. November 1920 ab.

Stadtv. Koch (Dntl.) hält unter großer Unruhe eine provozierende Rede.

Stadtrat Hintze: In 14 Tagen bis 3 Wochen werden Sie den Etat erhalten, der jedenfalls so ausfallen muß, daß soziale und kulturelle Aufgaben nicht zu sehr leiden. Und wenn der Etat in seiner riesigen Höhe Ihnen vorliegen wird und Sie Vorwürfe erheben gegen den sozialistischen Magistrat, so wird die Frage berechtigt sein: wem verdanken wir das ganze Elend nicht nur der Stadt Berlin, sondern auch des gesamten Deutschlands? (Beifall links; Lärm rechts.)

Bürgermeister Ritter erklärt, daß die Annahme des Stadtv. Koch eine irrige sei, daß der Oberbürgermeister und der Kämmerer aus einer gewissen Verlegenheit abwesend seien. Der Oberbürgermeister sei zu einer Sitzung des Städtetages in Dresden und der Kämmerer in einer wichtigen Sitzung im Finanzministerium. Dem Stadtv. Koch halte er vor, daß ihm als Mitglied der Landesversammlung ein Etat zur Besprechung vorliege, der über zwei Milliarden Defezit aufweist. Auch hier heiße es: Deckung ist nicht vorhanden. (Unruhe.)

Ein Antrag Gaebel (Komm.) fordert, daß für alle Lohnempfänger ab 1. November v. J. ein Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde gezahlt werde, für Angestellte 20 M. pro Monat.

Stadtv. Zimmermann (Unabh.) erklärt sich in längeren Ausführungen für die Vorlage und gegen jede Verschleppung.

Stadtv. Kleinau (Dem.) äußert Bedenken, wieder einer Vorlage zuzustimmen, für die keine Deckung vorhanden sei. — Der Antrag v. Eynern auf Zurückverweisung der Vorlage an den Magistrat wird abgelehnt, ebenso der Antrag Gaebel. Die Magistratsvorlage wird angenommen.

Stadtv. Gaebel beantragt, die städtischen Frei- und Flußbäder den Erwerbslosen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Stadtv. Dr. Kirchner (Dntl. Vpt.) erhebt Bedenken gegen den Antrag, schon in finanzieller Hinsicht. Nach längerer Aussprache wird der Antrag einem Ausschuß überwiesen, der die Sache schleunigst beraten soll.

Es folgt nunmehr der Antrag Dr. Weyl und Genossen betr. Einstellung von Mitteln für Verschickung von Kindern aufs Land in den Haushalt 1921 in Höhe von 15 Millionen Mark.

Stadtv. Genossin Demmning begründet den Antrag unter Hinweis auf das Elend der arbeitenden Bevölkerung, vor allem unserer Jugend. Bei der heutigen wirtschaftlichen Notlage der Arbeiterschaft ist es den Eltern eine Unmöglichkeit, ihren Kindern einen Aufenthalt zur Erholung zu ermöglichen. Geradezu erschreckende Bilder bieten die Statistiken über das Kinderelend. 38 000 Kinder will das Jugendamt hinausschicken, tausende müssen verzichten. Auf die Finanzmisere der Stadtgemeinde eingehend, erklärt Rednerin, wer an dem Aufbau unserer Volksgesundheit mitarbeiten will, muß diesem Antrag zustimmen.

Kämmerer Kading kann der sachlichen Begründung des Antrages durch die Vorrednerin nur zustimmen, denn das Kinderelend in Groß-Berlin sei so groß wie nirgends in der Provinz. Der Magistrat habe zunächst 10 Millionen eingestellt gehabt. Es sei mit sehr erheblichen Steigerungen der Zuschüsse zu rechnen. Er bitte, den Antrag dem Ausschuß zur Vorberatung des städtischen Haushalts zu überweisen.

Nach langer Debatte, an welcher sich die Vertreter sämtlicher Fraktionen beteiligen und das Kinderelend leider anerkennen müssen, wird der Antrag Demmning gegen die Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei, welche für Ausschußberatung eintraten, angenommen.

Es folgt dann noch die Besprechung über die Verhältnisse im Asyl für Obdachlose, welche vor leerem Hause vor sich gehen.

Der Schluß der Sitzung erfolgt um 10¼ Uhr.

Der dritte Leipziger Prozeß

Im dritten Kriegsbeschuldigtenprozeß bemerkte der Angeklagte Neumann zu den bereits in der gestrigen Abendausgabe mitgeteilten Beschuldigungen: Der Aufseher der Fabrik, in der die Gefangenen arbeiteten, habe sich bei ihm über die mangelhaften Leistungen der Gefangenen und darüber beschwert, daß sie ihre Arbeitsstätte vorzeitig verließen. Er habe daraufhin auf dem Wege zwischen der Fabrik und dem Lager einem Gefangenen einen Kolbenstoß versetzt, um sich Gehorsam zu erzwingen. Als ein andermal zwei Kolonnen Gefangener die Arbeit verweigerten, hätten einige Wachleute auf Befehl des Unteroffiziers die Gefangenen mit dem Kolben geschlagen. Er, der Angeklagte, habe jedoch nur einen Gefangenen mit der Hand geschlagen. Ein Gewehr will er dabei überhaupt nicht gehabt haben. Neumann versichert, daß die Gefangenen gut versorgt und verpflegt wurden und bekundet dann weiter: Als er einen Engländer, der sich krank gemeldet hatte, vom Arzt aber als arbeitsfähig erklärt worden war, zur Arbeit habe zwingen wollen, habe der Engländer ihm das Gewehr entreißen wollen. Daraufhin habe er dem Gefangenen einen Kolbenstoß versetzt. Nach einem weiteren ähnlichen Vorfalle hätten drei Gefangene sich beschwert. Diese seien dann mit drei Tagen Einsperrung bestraft worden, wobei sie zum Stillstehen in strammer Haltung angehalten wurden. Der Unteroffizier habe dies angeordnet. Der Angeklagte will bei der Vollstreckung nicht zugegen gewesen sein. Ein Gefangener habe den Unteroffizier an den Kragen gefaßt, nachdem dieser ihn gefragt hatte, warum er ausgerissen sei. Am Nachmittag habe er, der Angeklagte, drei Gefangene bekommen, die er mehrere Stunden habe stillstehen lassen. Zur Milderung der Strafe will er dadurch beigetragen haben, daß er den Leuten Kakao reichen ließ. Nachher mußte er die drei Gefangenen wieder einschließen, und zwar in ein besonderes Zimmer mit Betten. Der Angeklagte hat geglaubt, seine Pflicht zu tun und die Arbeit erzwingen zu müssen. Der Präsident verweist den Angeklagten darauf, daß Mißhandlungen verboten waren. Die Instruktion über die Behandlung der Gefangenen vom 17. April 1917 gelesen zu haben, räumt der Angeklagte ein. Er sagt aber, daß es in der Praxis anders aussähe als auf dem Papier.

Der erste englische Zeuge Thomas Hayes ist wegen angeblich schlechter Behandlung durch Neumann und den Unteroffizier Trinks mit zwei anderen Gefangenen aus dem Lager geflohen. Nach zwei Tagen wurden die Flüchtlinge eingefangen und erhielten 14 Tage Arrest. Der Zeuge will von dem Angeklagten wiederholt mit dem Kolben geschlagen worden sein. Er mußte auf Befehl des Unteroffiziers stillstehen. Neumann habe ihm dabei aber Erleichterung gewährt. Der Unteroffizier habe ihn auch sonst wiederholt mißhandelt. Die Kameraden des Zeugen hätten gesagt, daß sie nicht mehr arbeiten würden, wenn der Unteroffizier nicht aufhöre zu schlagen. Trinks habe darauf erwidert, wenn sie nicht arbeiteten, würde er sie durch ein Kommando aus Stettin erschießen lassen und dann Selbstmord begehen. Der Angeklagte habe sich immer hervorgetan, wenn es sich darum handelte, die Gefangenen zur Arbeit zu zwingen. Der Zeuge erzählt dann einen Vorfall, bei dem Neumann einen Gefangenen niedergeschlagen habe. Ihn selbst habe der Angeklagte mit der Faust mißhandelt.

Zeuge Samuel James hat sich im Lager Pommerensdorf mit anderen Kameraden über die zu schwere Arbeit und die unzulängliche Verpflegung beklagt. Sie hätten es dann abgelehnt, schwere Arbeiten zu leisten. Einem direkten Befehle des Unteroffiziers Trinks leisteten die Gefangenen keine Folge. Der Zeuge gibt zu, daß dies unangebracht war, betont aber, daß sie dadurch hätten protestieren wollen. Daraufhin seien sie von den Wachtmannschaften mit dem Kolben bearbeitet worden. Der Angeklagte habe aber nur mit der Faust geschlagen. Gegen Neumann habe er eigentlich gar nichts einzuwenden, sondern nur gegen den Unteroffizier Trinks.

(Der mehrfach erwähnte Unteroffizier Trinks befindet sich nicht in Deutschland, sondern hält sich in Polen auf.)

Zeuge Thomas Bullen war einer der drei Ausreißer. Er erzählt von Stößen, die ihm Neumann versetzt habe, und von der Begrüßung durch die Worte „Englische Schweine".

Zeuge William Kirtbride sagt aus, die Arbeit (die Gefangenen mußten Chemikalien in Säcke füllen) sei zu schwer gewesen. Eines Tages habe Neumann auf ihn losgeschlagen und ihn mit der Faust vor den Magen gestoßen. Er habe vom Angeklagten einmal auch einen Kolbenschlag auf den Hinterkopf erhalten, weil er nicht genug gearbeitet hätte. Ein andermal habe Neumann ihn mit dem Kolben auf Arm, Kopf und Schultern geschlagen, so daß er infolgedessen mehrere Monate im Lazarett Altdamm habe zubringen müssen. — Der Angeklagte bestreitet entschieden, diesen Zeugen mit dem Kolben auf den Kopf geschlagen zu haben und bleibt auch auf Vorhalt des Präsidenten bei diesem Bestreiten. Neumann behauptet, der Zeuge sei geisteskrank gewesen und könne sich der Vorgänge offenbar nicht mehr erinnern.

Zeuge Alfred Oliver macht ebenfalls Angaben über das durch Trinks angeordnete Stillstehen. Neumann habe ihn mehrmals mit dem Kolben geschlagen. Hierauf tritt um 1 Uhr eine Mittagspause bis ¼4 Uhr ein.

Nach der Mittagspause wurden zunächst die Aussagen von vier in London kommissarisch vernommenen Zeugen verlesen. Ernest Medlow behauptet, fast täglich seien Gefangene von Trinks und Neumann geschlagen worden. Kranke seien zur Arbeit gezwungen worden. Ernst Kelly hat ausgesagt, Neumann habe ihn mehrmals geschlagen, und er habe auch gesehen, wie andere Gefangene mit dem Kolben bearbeitet wurden. Die Aussagen der beiden anderen Zeugen bewegen sich in ähnlicher Richtung.

Der Direktor der Chemischen Fabrik in Pommerensdorf, Johannes Hornemann, der hierauf vernommen wird, erklärt, die Engländer seien mit einigen Ausnahmen gutmütig gewesen. Von ihnen sei nicht mehr verlangt worden, als sie leisten konnten. Auf die Wachposten habe die Fabrikleitung Einfluß nicht ausgeübt. Daß Neumann Gefangene mißhandelt hätte, habe er damals nicht erfahren. Dr. Georg Schüler, ebenfalls Direktor der genannten Fabrik, spricht sich in ähnlichem Sinne aus.

Weitere deutsche Zeugen bekunden ebenfalls, daß ihnen von Mißhandlungen englischer Gefangener durch den Angeklagten nichts bekannt ist. Dagegen bekundet der englische Zeuge Florence, er sei von dem Angeklagten mit der Faust ins Gesicht geschlagen worden. Er will im ganzen 10mal von Neumann geschlagen worden sein. Der Präsident weist den Zeugen darauf hin, daß ein englischer Zeuge hier bekundet habe, Neumann habe nur geschlagen, wenn er Grund dazu hatte. — Der Zeuge Florence bekundet weiter, er habe schon am zweiten Tage gesehen, daß Neumann einen Engländer niedergeschlagen habe. Bei Mitgefangenen habe er die Folgen von Mißhandlungen gesehen. Da die Dinge sich nicht besserten, habe er an den Dolmetscher Dr. Schiller und an den General einen Brief geschrieben, wofür er von dem Angeklagten geprügelt worden sei. Es sei eine Kommission von Gefangenen zu Dr. Schiller geschickt worden, und daraufhin sei dann später Neumann nicht mehr in Pommerensdorf gesehen worden.

Der Behauptung des Zeugen, daß Neumann ihn geschlagen habe, widerspricht der Angeklagte. Nach der Vernehmung weiterer englischer Zeugen, die den Angeklagten des Schlagens und Stoßens beschuldigen, wird die Verhandlung auf Mittwoch vertagt.

Stillegung von Kohlenzechen

Die Genossen Otter (Bochum), Ludwig und Frau Oventrop (Hagen) haben im Preußischen Landtag folgende große Anfrage eingebracht:

„Die Verwaltung des Wittener Steinkohlenbergwerks beabsichtigt, die Steinkohlenzeche Bergmann bei Witten a. d. Ruhr stillzulegen. Die Steinkohlenförderung der Zeche Bergmann beträgt 250 Tonnen täglich. Die Gesamtbelegschaft der Zeche Bergmann ist 600 Mann stark. Als Grund der Stillegung gab die Verwaltung Kohlenabsatzmangel an. Von der Verwaltung ist auch bereits der ganzen Belegschaft die Arbeit gekündigt worden, doch ist vorläufig die Kündigung nur für 100 Bergarbeiter aufrechterhalten.

Diese Maßnahmen der Verwaltung haben unter der ansässigen Belegschaft sowie in den Gemeinden Witten, Wetter a. d. Ruhr, Annen und Pommern, die unter einem großen Kohlenmangel zu leiden haben, eine große Erregung hervorgerufen. Durch die beabsichtigte Stillegung der Zeche Bergmann würden der deutschen Volkswirtschaft täglich 250 Tonnen Steinkohlen entzogen, die 600 Bergarbeiter und Beamten würden arbeitslos, die umliegenden bereits genannten Gemeinden in große Mitleidenschaft gezogen.

Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um die Stillegung der Zeche Bergmann zu verhindern?"

Die Verhandlungen über Westungarn, zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung, haben am Mittwoch begonnen. Wenn sich die Verhandlungen, wie es den Anschein hat, zerschlagen, so wird die österreichische Regierung auf den Bestimmungen des Vertrages von Trianon beharren.

Ausschneiden!

Drucksache

An die

Hauptexpedition der „Freiheit"

Berlin C 2

Breite Straße 8-9

15 Pfg. Wurde

Sensationell billig!

Wäschestoff ca. 100 cm breit . . . . . Meter **6.00**

Hemdentuch weiche Qualität, ca. 80 cm breit . Meter **6.60**

Hemdentuch kräftige Qualität, ca. 80 cm breit . Meter **7.80**

Hemdentuch gute griffige Ware, ca. 80 cm breit, Meter **9.00**

Jakonett grau, weiche Qualität . . . . . Meter **6.00**

Stubenhandtuch Gerstenkorn, gebleicht . . . . . Stück **10.20**

Halbleinen schöne Qualität, ca. 82 cm breit . Meter **16.20**

Halbleinen für Laken, ca. 150 cm breit . . . Meter **32.40**

Perkal gestreift, für Oberhemden . . . . Meter **9.75**

Natté panamaartiges Gewebe, farbig . . Meter **12.90**

Zephir hübsche Streifen, vorzügl. Qualität, Meter **13.50**

Kräuseltuch hübsche Muster . . . . . Meter **15.90**

Bade-Artikel — **JANDORF** — **Reise-Artikel**

Belle-Alliance-Str. · Große Frankfurter Str. · Brunnenstraße · Kottbuser Damm · Wilmersdorfer Str.

Theater und Vergnügungen

Volksbühne 7 Uhr: Der Bauer als Millionär

Neues Volkstheater Köpenicker Str. 68. 7 Uhr: Die St. Jakobsfahrt

Staatstheater. Opernhaus: Richard-Strauß-Zyklus 3. Abend: 7½ U.: Ariadne auf Naxos. Schauspielhaus 7 Uhr: Der Kronprinz

Theater i. d. Königgrätzer Str.: Täglich 7.30 Uhr: Mit dem Feuer spielen. 2 Uhr: Satans Maske (Orska, Riemann, Bildt)

Berliner Theater: DAS Milliarden SOUPER. 7.30 Uhr: Hilde Wörner, Ilschi Gleal, Ralph Arthur Roberts, Herb. Kiper, Paul Rehkopf

Komödienhaus: Alabendlich 7.30 Uhr: Der blonde Engel von Robert Winterberg. Paul Heidemann a. G., Josefine Dora v. Staatsth. u. G., Inge van der Straaten, Ilse Narsen, Georg Baselt, Kurt Busch, Julius Rogg.

Theater am Nollendorfplatz 7½ Uhr: Der Vetter aus Dingsda

Lessing-Theater Direkt.: Viktor Barnowsky. 7½ Uhr: Gespenster (Lossen, Loos). Donnerstag 7 Uhr: Beginn der Sommerspielzeit: Zum 1. Male: Die Ballerina des Königs (Konstantin, Götz). Freitag und folgende Tage: Die Ballerina des Königs

Deutsch. Künstl.-Theater Alabendlich 7½ Uhr: Rosenmontag (Hoach, Loos)

Direktion: Max Reinhardt. **Deutsches Theater** 8: Potasch u. Perlmutter

Kammerspiele Zum 1. Male: 7½ Uhr: Der Strohhut

Großes Schauspielhaus Karlstraße. 7 U.: Ein Sommernachtstraum (3. Abteilung, 5. Abend)

Residenz-Theater Täglich 7½ Uhr: Lady Windermeres Fächer von Oskar Wilde.

Kleines Theater ½8 Uhr: Nur ein Traum

Trianon-Theater Heute, 7 Uhr, zum 1. Male: Max Adalbert in Abdafür. Zeitschnurre von Impekoven u. Mathern.

Thalia-Theater 7½ Uhr: Mascottchen

Komische Oper 7½ Die Oper 7½ Alt-Heidelberg

Walhalla-Theater 7½ Uhr: Die Scheidungsreise

Rose-Theater 7½ Uhr: Wo die Schwalben nisten

8 U. Folies Caprice 8 U. am Oranienburger Tor. Der ledige Ehemann mit Ferd. Grünecker

Residenz-Kasino Blumenstraße 10. Täglich: Großer Witwenball

METROPOL Varieté-Kabarett. Behrenstraße 54. 7½ Uhr: Int. Damen-Boxkämpfe, Fritchie, Heinrich Kohlbrandt, Feemas Comp., Eugen Milardo, 3 Hugos, Gerda Gerdina, Lola Thomas u. Partner, Peter Pfeiffer, C. O. Pillnay, Vivian Vanity, 3 Bowerys

½8 **Casino-Theater** ½8. Nur noch einige Aufführungen: Bollrich & Sohn

7½ **Apollotheater** 7½. Friedrichstraße 218. Täglich: Tip Tip Hurrah! oder Der Sportschlemihl mit Wilhelm Hartstein

Theat. a. Kottb. Ts. Tel. Moritzplatz 10077. Täglich 7½ Uhr: Elite-Sänger — 10 Herren! — Vorvk. 11—1½ u. 4—6

Berliner Prater Kastanien-Allee 7-9. Täglich 4½ Uhr: Die Schönste von Allen. Operette von Jean Gilbert. • Varieté-Sensationen •

Neue Welt Arnold Scholz. Hasenheide 108/114. Heute Mittwoch, 1. Juni 1921: Große Spezialitäten-Vorstellung. Vollständig neues Programm (16 erstkl. Attraktionen). — Anfang 6 Uhr — Voranzeige: Morgen, Donnerstag, den 2. Juni, Großes Fronten-Feuerwerk. Schlußfront: Amor in Aktion

Briefmarken :: Münzen kauft Großmann, Johannisstr. 4. Zugang v. d. Friedrichstr. (Nr. 109) Norden 10621

Mittwoch, den 1. Juni und Sonnabend, den 4. Juni findet bei eintretender Dunkelheit (9 Uhr) ein

Riesen-Feuerwerk im Stadion

statt. u. a.: **Der Ausbruch des Vesuv — Untergang von Pompeji**

Front von 40 Meter Länge, 5000 Lichter und 50 Bomben. Ausführung vom Pyrotechniker C. Amrhein, Hannover-Brink

Beginn ½7 Uhr **Großes Militärkonzert** Beginn ½7 Uhr

Vorverkauf an allen Theaterkassen von A. Wertheim. Preise der Plätze einschließlich Steuer: Oberer Stehplatz 10.—, Sitzplatz u. Wandelgang 20.—, Logenplatz 30.—, Kassenöffnung 6 Uhr

Sie haben große Vorteile, wenn Sie Ihre Einkäufe in einem meiner 4 Geschäfte machen. — Warum? Wieso?

I. Diskreteste Zahlungsweise
II. Riesen-Auswahl in allen Abteilungen
III. Bedeutend herabgesetzte Preise
IV. Niedrige u. bequeme Anzahlung
V. Ratenzahlung nach Uebereinkunft

Vollständ. Wohnungs-Einrichtungen. Einzel-Möbel und Polsterwaren. Diplom-Möbel / Garten-Möbel / Balkon-Möbel

B. FEDER

Brunnen-Straße 1 | Kottbuser Damm 103
Frankfurt. Allee 350 | Charl., Scharrenstr. 5

10. Distrikt. Am 26. 5., nachm. 2 Uhr verstarb unser lieber Genosse **Carl Ewald** Anklamer Str. 15. Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 2. 6., im Krematorium (Große Halle) Gerichtstraße, statt. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Instrumentenmacher **Ferdinand Zeppel** Schivelbeiner Str. 46, am 29. d. Mts. gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 2. 6., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Garnison-Kirchhofs in der Hasenheide aus statt. Rege Beteiligung wird erwartet. Die Ortsverwaltung.

Verband Deutscher Händler Spezialisten-Branche Berlin Todesanzeige. Der Tod entriß uns den Kollegen **Otto Krull** Naunynstraße 17. Sein reger Fleiß in der Organisation wird den Kollegen ein Ansporn sein. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 1. 6., nachm. 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Friedhofes, Herrmannstr., aus statt. Rege Beteiligung erwartet. Die Branchenleitung.

Westmanns Trauer-Magazin. Große Auswahl. Billige Preise. I. Mohrenstr. 37 (Kolonnaden). II. Gr. Frkf. Str. 115 (nahe Andreasstr.). Auswahlsendung sof. Amt Zentrum 7890. Sonntags geschlossen.

Leicht beschädigte Klassiker, Romane, Jugendschriften. Sozialistische Literatur. **25% Preisermäßigung** Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8/9

Spreewälder Speise-Leinöl-Mühle. Niederlage Fruchtstraße 59. Täglich frisches Speise-, Lein- und Rüböl. Beim Vorzeigen dieser Anzeige 10% Rabatt.

Kapitän-Kautabak wieder reichlicher in der früheren guten Qualität zu beziehen durch die bekannten Verkaufsstellen. E. Röcher, Berlin, Lichtenberger Str. 22. Kat. 3861

Wanderfreunde finden die schönsten Fahrten und Wanderungen in dem Buch von Paul John „Ueber See und Heide". Geschmackvoll gebund. 8.— Mark. Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Ausschneiden!

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom

1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung **„Freiheit"** Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands mit der wöchentlich einmal erscheinenden illustrierten Unterhaltungsbeilage „Freie Welt"

zum Preise von Mk. 10.— monatl., Mk. 5.— halbmonatl. bei freier Zustellung ins Haus

Name: _____

Ort: _____ Straße: _____ Nr. _____

(Namen deutlich schreiben, Adresse genau ausfüllen: Bezirk, Stadt, Straße, Hausnr.)

Diesen Bestellschein bitten wir an die Hauptexpedition, Berlin C 2, Breite Straße 8/9, einzusenden.

Der Verlag.

Etam

Belle-Alliancestr. 3 · Friedrichstrasse 237 · Leipziger Strasse 107 · Tauentzienstrasse 10 · Mart.-Lutherstr. 95 · Rosenthaler Str. 44 · Landsberger Str. 88 · Leipziger Strasse 65 · Kleist-Strasse 24 · Wilmersdorf. St. 55/56 · Neukölln, Berliner Strasse 1

Schleierstrumpf Ia. Makko-Qualität, feinfädig durchsichtig, doppelte Sohle, schwarz und alle Modefarben . . . . . Mk. **14.50**

Damenstrumpf Doppelte Sohle, gute Baumwoll-Qualität, schwarz, weiss, braun, grau, Mk. **8.25**

Kindersöckchen Haltbare Qualität. Grösse I . . . . . Mk. **2.75**

Jede weitere Grösse um 0.25 M. steigend

Groß-Berlin

Muß das sein?

Ein Erwerbsloser schreibt uns:

Seit 1. 5. 21 bin ich erwerbslos und habe am 3. 5. 21 bei der Geschäftsstelle der Erwerbslosenfürsorge, Kesselstraße, Antrag zum Bezuge der Erwerbslosenunterstützung gestellt. Am 12. 5. war der Prüfer bei mir, und fand alles in Ordnung. Nach einer Woche erhielt ich auf Nachfrage den Bescheid, daß der alte Antrag von 1919 in der Geschäftsstelle Turmstr. angefordert und noch nicht zurück sei. Am vorigen Donnerstag ging ich selbst nach der Turmstr., um die Sache zu beschleunigen. Da wurde nun der alte Antrag erst vorgesucht und bestimmt versprochen, Sonnabend könne ich in der Kesselstr. mein Geld bekommen. Am Sonnabend erhielt ich wieder nur die Antwort, der alte Antrag sei noch nicht zurück. Auf meine Bitte um einen Vorschuß wurde ich nun von einem Zimmer ins andere geschickt. Nachdem ich bereits 5 Zimmer absolviert hatte, ging ich zum Leiter, wo ich auch wieder unverrichteter Sache fortgehen mußte. Am 30. 5. erhielt ich auf Nachfrage dieselbe Antwort wie vorher. In der A. E. G. Brunnenstr. habe ich seit 15. 11. 20 nur 3 Tage in der Woche gearbeitet und war bis zu meiner Entlassung 7 Wochen krank. In dieser Zeit konnte ich mir keine Reichtümer erwerben. Es sind nun 4 Wochen her, seitdem ich den Antrag gestellt habe. Ich habe in dieser Zeit sehr viel darben müssen. Soll dieses Hinhalten der Arbeitslosen noch lange so weiter gehen?

„Parteipolitische Engherzigkeit“

Die bürgerliche Presse ist entrüstet darüber, daß die sozialistische Mehrheit im Stadtparlament dem sozialistischen Oberstadtschulrat Paulsen nun auch noch drei Sozialisten als Mitarbeiter zur Seite gegeben hat und keine bürgerlichen Größen. Das „Berliner Tageblatt“ z. B. spricht von „parteipolitischer Engherzigkeit schlimmster Art“. Man wird gewiß gern bereit sein, dem „Berliner Tageblatt“ recht zu geben, wenn es so freundlich ist, die sozialistischen Stadtschulräte zu nennen, die in früheren Jahren in Berlin gewählt und angestellt wurden, als nicht die Sozialisten, sondern die bürgerlichen Freunde des „Berliner Tageblatts“ die Mehrheit in der Berliner Stadtverwaltung hatten. Sonst sollte das tapfere Demokratenblatt lieber etwas stiller sein!

Ganz abgesehen davon, daß selbst ein Demokrat doch wohl eigentlich einsehen müßte, daß die Mitarbeiter, die dem Sozialisten Paulsen helfen sollen, sein völlig aus sozialistischen Ideen hervorgegangenes Programm der Gemeinschafts- und Arbeitsschule zu verwirklichen, vernünftigerweise Sozialisten und Anhänger dieses Programms sein müssen.

Die Teltower Kreistagswahlen ungültig

Gegen das Ergebnis der Teltower Kreistagswahlen vom 20. Februar d. J., die eine sozialistische Mehrheit von einer Stimme brachten, war von bürgerlicher Seite Klage erhoben worden, nachdem der Kreistag selbst die Wahlen für gültig erklärt und die dagegen eingelegten Einsprüche zurückgewiesen hatte. In der gestern vor dem Bezirksausschuß zu Potsdam geführten Verhandlung wurde als Hauptpunkt der Klage die bewiesene Tatsache angeführt, daß eine große Zahl von Zettelverteilern auf Wahlscheinen gewählt hat, die nur für die gleichzeitig stattfindenden Landtags- und Provinziallandtagswahlen, nicht aber für die Kreistagswahl gültig waren. Auf diese Weise wurden insgesamt 99 Stimmen falsch abgegeben, die nach Ansicht der Kläger das Wahlergebnis beeinflußt haben. Außerdem stand in Päz die Wahlurne offen, sodaß die geheime Wahl nicht gewahrt wurde; infolgedessen sei in diesem Falle das Wahlergebnis von Anfang bis zu Ende ungültig gewesen. Der Spruch des Bezirksausschusses erklärte die gesamten Kreistagswahlen des 20. Februar für ungültig. In der Begründung führte der Vorsitzende aus, bei der hohen Zahl von Wählern, deren Stimmen für ungültig erklärt werden mußten, war es nicht möglich, eine andere Entscheidung zu treffen. Es bleibt abzuwarten, ob der Teltower Kreisausschuß gegen dieses Urteil Berufung beim Oberverwaltungsgericht einlegen wird.

Wozu die Kriegsgesellschaften noch dienten

In die Millionen gehende Bestechungen eines Leiters einer Kriegsgesellschaft kamen in einer Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zur Sprache. Angeklagt wegen Vergehens gegen die sog. Schmiergelderverordnung vom 3. Mai 1917 war der Kaufmann Arthur Menschel aus Schöneberg. Die Anklage legt dem Angeklagten zur Last, nachdem er auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten bei einer Kriegsgesellschaft verpflichtet worden war, sich für eine Handlung, die eine Verletzung der ihm übertragenen Obliegenheiten enthielt, Vorteile sich habe versprechen lassen. Der Angeklagte war Abteilungsleiter bei der Reichsverteilungsstelle für Baumwolle, bei der sich, wie es so schön heißt, verschiedene Angestellte „gesund gemacht“ haben sollen. Er stellte hier gegen das Versprechen, an dem Geschäft beteiligt zu sein, einem Fabrikanten Paul Simon in Chemnitz widerrechtlich einen Zuteilungsschein über 4000 Kilogramm Baumwolle aus. — In der Verhandlung kam die bis jetzt ziemlich unbekannt gebliebene Tatsache zur Sprache, daß ein bei derselben Kriegsgesellschaft beschäftigt gewesener Kaufmann Heckel mit Bestechungsgeldern in Höhe von vielen Millionen Mark nach rechtzeitig das Weite gesucht hatte und jetzt als sorgenloser Rentier in Italien lebt. — Vor Gericht machte Rechtsanwalt Dr. Karl Löwenthal als strafmildernd geltend, daß der Angeklagte ein Opfer der Verführung durch den flüchtigen Heckel geworden sei. Das Gericht beließ es bei einer Geldstrafe von ganzen 500 M. Der Amtsanwalt hatte schon etwas „valutagemäß“ 1000 Mark Geldstrafe beantragt.

Augen auf!

Von einem Mitglied des Verbandes deutscher Händler wird uns geschrieben:

Betrachten wir heute den Berliner Straßenhandel und den Händler selbst, so werden wir uns nicht der Einsicht verschließen können, daß gegenüber den früheren Jahren vieles anders geworden ist.

Der Straßenhandel hat allerdings eine Gestalt angenommen, die keineswegs gutzuheißen ist. Alle möglichen und unmöglichen Waren werden angeboten und — verkauft.

Unter den Händlern selbst sehen wir aber manche uns bekannte Kollegen und Genossen, mit denen wir vor Jahren zusammen in der Werkstatt gearbeitet haben. Fragen wir, warum er handelt, so erhalten wir die Antwort: „Mit der Arbeit ist es schlecht, der Arbeitslosenfürsorge wollen wir nicht zur Last fallen und dabei zusehen, wie unsere Familie langsam verhungert. Also handeln wir, um wenigstens das Leben zu fristen.“

Sehen wir uns seine Ware an, diese ist meist einwandfrei und billig. Wie könnte er es auch mit seiner politischen Ueberzeugung in Einklang bringen, jetzt als Händler seine Genossen und früheren Arbeitskollegen zu übervorteilen? Er ist nach wie vor gewerkschaftlich organisiert, und ein kleines Schild läßt erkennen, daß er Mitglied des Verbandes Deutscher Händler und reisender Gewerbetreibender ist. Er ist stolz darauf, den gewerkschaftlichen Gedanken in die Händlerschaft hineingetragen zu haben, und sagt uns: „Kaufe nur von meinem Verbandskollegen (zu erkennen an Verbandsschildern oder Verbandsbüchern), bei organisierten Händlern, und du wirst nicht benachteiligt.“ Wir schließen jeden aus, der sich unlautere Manipulationen zuschulden kommen läßt.

Bezirksversammlung des 10. Verwaltungsbezirks, Zehlendorf. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende bekannt, daß Herr Stadtrat Matern (S. P. D.) sein Mandat als Bezirksverordneter niedergelegt hat. Bei der Gehaltsansetzung von drei Ortsbezirksvorstehern kam es mit der Rechten zu lebhaften Auseinandersetzungen. Gleichfalls bei der Forderung von 3000 M. zur Gründung eines Heimatmuseums. Hierzu erklärten unsere Genossen, da man andere wichtigere soziale Forderungen habe zurückstellen müssen, lehnen sie diese Position ab. Man hatte als ersten Gegenstand das in der Nacht vom 3. zum 4. Mai wieder aufgestellte Wilhelmdenkmal vorgesehen, nachdem dasselbe aber mit Zustimmung des Bürgermeisters Dr. Köster aus dem Aufbewahrungsraum von irgendeiner Korporation weggeholt worden ist, hat man noch keine weitere Gegenstände zur Verfügung. Bei der Dienstzeit sowie Gehaltsfestsetzung von Stadträten stellte Genosse Dr. Kolitz die Frage, ob das Bezirksamt etwas unternommen habe gegen Anwerbung von Freiwilligen für Oberschlesien, welche hier in Zehlendorf öffentlich vorgenommen worden ist. Da sich Herr Bürgermeister Dr. Köster krank gemeldet hat, kann das Bezirksamt keine Erklärung abgeben und soll diese Frage in der nächsten Sitzung beantwortet werden. Hierauf wurde der Etat in 1. und 2. Lesung angenommen. Da bereits in der letzten Bezirksversammlung gegen die Stimmen unserer Genossen beschlossen wurde, für Wannsee, Nikolassee und Dahlem eigene Ortsbezirke zu bilden, so handelte es sich heute um die Bildung eines Ortsbezirks für Zehlendorf. Da auch dieser Punkt gegen die Stimmen der Linken angenommen wurde, ist der 10. Verwaltungsbezirk nunmehr in lauter Ortsbezirke zerlegt. Man will durch die Einsetzung der Ortsbeiräte nur die alte bürgerliche Wirtschaft befestigen, um so dem Berliner Magistrat Schwierigkeiten zu bereiten. Weiter wurde beschlossen, daß der Verwaltungsbezirk 10 den Namen „Verwaltungsbezirk 10, Zehlendorf“ erhält. — Genosse Dr. Kolitz fordert noch das Bezirksamt auf, an der maßgebenden Stelle vorstellig zu werden, daß der Unfug des Scharfschießens durch die Sicherheitswehr in der Nähe von Anwohnern des Hauses Schönow, das vor kurzem einem Ansiedler durch einen Querschläger bald das Leben gekostet hätte, unterbleibt.

16. Verwaltungsbezirk (Cöpenick). In der letzten Bezirksversammlung spielten sich die Bürgerlichen wieder mal als Mittelstandsretter auf, indem sie gegen den Straßenhandel Sturm liefen. Sie mußten sich so manche Wahrheit von unseren Genossen Heidrich und Rieck, sowie von Vertretern der beiden anderen sozialistischen Fraktionen sagen lassen. Der Antrag der Bürgerlichen wurde abgelehnt. Das Marktstandgeld wird entsprechend dem Antrage des Bezirksamts auf 60 Pf. pro Quadratmeter einheitlich für den ganzen Bezirk festgesetzt. Ein Antrag der Kommunisten, den Leiter der Erwerbslosenfürsorge in Friedrichshagen von seinem Posten zu entfernen, wurde, nachdem der Gen. Stadtrat Manke als Dezernent den Bericht über die stattgehabten Verhandlungen mit dem Betriebs- und Arbeitslosenrat erläutert hatte, abgelehnt. Die Sommerferien der Bezirksversammlung wurden auf Juli—August festgelegt. Die nächste Bezirksversammlung findet am Mittwoch, den 1. Juni, statt.

Ergebnis der Elternbeiratswahlen in Neukölln. Ueber das Wahlresultat vom 22. Mai d. J. wird uns von amtlicher Seite folgendes mitgeteilt: Von 46 905 eingetragenen Wählern übten 11 634 ihr Wahlrecht aus = 24,8 Prozent. Von den abgegebenen Stimmzetteln waren 136 ungültig. Es erhielten Stimmen: Unpolitische christliche Listen 6535 = 447 Vertreter; Listen der Schulreformer 480 = 27 Vertreter; Listen der S. P. D. 979 = 26 Vertreter; **Listen der U. S. P. D. 1660 = 47 Vertreter;** Listen der V. K. P. D. 1844 = 53 Vertreter. **Die sozialistischen Parteien hatten an den Schulen mit Religionsunterricht keine Wahlvorschläge eingereicht.**

Die Kohlenwirtschaftsstelle in den Marken teilt mit: Durch die in Oberschlesien seit Anfang Mai bestehenden Unruhen und durch den kürzlich in Niederschlesien ausgebrochenen Streik der Bergarbeiter ist die Steinkohlenversorgung der Mark Brandenburg fast vollständig ins Stocken geraten. Die anderen Kohlenreviere sind bei weitem nicht in der Lage, den ganzen Ausfall aller schlesischen Kohlen zu decken. Infolgedessen muß die Industrie gewärtig sein, daß schon in den allernächsten Tagen einzelne Betriebe zum Stillstand kommen, falls eine Streckung der bei ihnen etwa noch vorhandenen hochwertigen Kohlenmengen mit minderwertigen Brennstoffen nicht durchgeführt wird. Alle Neueingänge und die noch vorhandenen kleinen Vorräte müssen für die Aufrechterhaltung der lebenswichtigsten Betriebe, wie Elektrizitäts- und Gaswerke, Wasserwerke, Kanalisationswerke, Lebensmittelbetriebe, Krankenhäuser, Verkehrsunternehmungen, vorbehalten bleiben. Der Verbrauch an Gas und Elektrizität ist weitestgehend einzuschränken, da andernfalls das zeitweise Abschalten ganzer Strombezirke schon in allernächster Zeit eintreten müßte, um die Elektrizitätswerke über Wasser zu halten.

Wohnungsnachweis für den Bezirk 8 (Spandau). Nachdem, wie bereits mitgeteilt, das Wohnungsamt Spandau (Polizeigebäude, Zimmer 305) die Bearbeitung sämtlicher Wohnungsangelegenheiten für alle früheren Einzelgemeinden übernommen hat, ist es erforderlich, daß alle Einwohner der bisher selbständigen Gemeinden, die sich in ihrem Wohnort für die Zuweisung einer Wohnung haben eintragen lassen, sich neu beim Wohnungsamt Spandau eintragen lassen, und zwar müssen sie dazu persönlich in den Sprechstunden von 9—11 Uhr (außer Sonnabends und Sonntags) erscheinen.

Geldspielautomaten verboten. In letzter Zeit hat sich die Zahl der Geldspielautomatenhallen in Groß-Berlin ungeheuer vermehrt, außerdem sind in zahlreichen Schankwirtschaften Geldspielautomaten neu aufgestellt worden. Es wird deshalb daran erinnert, daß nach einem Urteil der 3. Strafkammer des hiesigen Landgerichts I vom 18. März 1910 die Aufsteller von Geldspielautomaten jeder Art, bei welchen ein Einsatz auf Gewinn geleistet wird, besonders auch die Schankwirte sich strafbar machen und, falls die Apparate nicht sofort außer Betrieb gesetzt und entfernt werden, dieselben mit dem gesamten Inhalt beschlagnahmt und Strafanzeigen wegen Vergehens gegen § 284 oder (bei Ausspielung von Gegenständen) gegen § 286 St.G.B. eingereicht werden.

Zwei Großfeuer beschäftigten die Berliner Feuerwehr in der letzten Nacht und heute früh im Norden und Osten. Um Mitternacht stand in der Gleimstraße 4 die Fouragehandlung von Goetz auf dem Hofe dieses Grundstücks total in Flammen. Das Feuer war in einem mit Stroh gefüllten Holzschuppen ausgekommen und hatte dort reiche Nahrung gefunden. Als die Feuerwehr an der Brandstelle ankam, hatten die Flammen durch

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Aus dem Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen
Copyright by Der Malik-Verlag Berlin-Halensee 1921

(66. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Nach dem Gottesdienst schlenderten sie mit den paradierenden Kirchenbesuchern umher, Gladys zeigte Peter, was für sie den Prüfstein der Vornehmheit ausmacht. An den Abenden gingen sie spazieren, schauten die Läden an oder spähten in Hotelhallen, wo man umsonst die Reichen betrachten konnte. Peter pflegte hungrig zu werden und vorzuschlagen, sie sollten in ein billiges Restaurant gehen, Gladys jedoch, die den Appetit eines Vögelchens hatte, bestand darauf, in den Speisesaal des Hotel de Soto zu gehen und dort eine Suppe und etwas Butterbrot zu essen — bloß um die elegante Umgebung zu genießen und zu sehen, wie sich vornehme Menschen beim Essen benehmen.

Gladys Frisbie Gudge haßte die Armen ebenso leidenschaftlich, wie sie die Reichen liebte. Zwar mußte sie zugeben, es müsse auch Arme geben, vornehme Leute könnten bloß auf einer Basis von unvornehmen Leuten existieren. An der richtigen Stelle schadeten ja die Armen nicht; was Gladys ihnen vorwarf, war, daß sie es wagten, an eine andere Stelle rücken zu wollen und daß sie die über ihnen stehenden kritisierten. Gladys verstand es, alles, was sie auf dieser Welt verachtete, in einem Wort zusammenzufassen, dem Wort: gemein. Mit diesem Wort beschrieb sie Leute, die sie sich weigerte, kennenzulernen, korrigierte mit ihm Peters Manieren und seinen Geschmack, was Hüte anbelangte. Gemein sein bedeutet verdammt sein; wenn Gladys Leute sah, die unverkennbar und hoffnungslos gemein waren, so faßte sie dies als persönliche Beleidigung auf, wurde diesen Leuten gegenüber unerbittlich und rachedurstig. Jeder dieser Menschen deuchte sie ein persönlicher Feind, ein Feind von etwas, das wertvoller war als ihre eigene Person, ein Feind dessen, das sie anstrebte, ihres Ideals.

Auch Peter hatte einst ähnlich empfunden, jetzt jedoch, da es ihm so gut ging, hatte er Anlage, faul und bequem zu werden. Es war daher gut, daß Gladys ihn aufpeitschte und zur Arbeit anhielt. Zuerst lernte Gladys keine Roten kennen, erfuhr über sie bloß die Geschichten, die Peter abends nach der Arbeit heimbrachte. Jede neue Gruppe von Roten, die er beschrieb, erschien Gladys als fleischgewordene Teufel, und während sie die Fingernägel der dicken Damen polierte, die zu schläfrig waren, um mit ihr zu reden, sann Gladys unentwegt nach, wie man diese Teufel ausrotten könne.

Bisweilen waren ihre Ideen glänzend. Sie besaß die wundervolle weibliche Intuition, die Kenntnis menschlicher Schwächen und der Kompliziertheit des Gefühlslebens. Oft legte sie Peter einen Plan vor, der sich auf das Verderben eines jungen Radikalen bezog, und dieser Plan hätte nicht besser sein können, wenn sie diesen Mann ihr ganzes Leben lang gekannt hätte. Peter vermittelte die Ideen seiner Frau Mc Givney und Guffey, ihr Talent wurde anerkannt, ein reichlicher Lohn enthob sie der Arbeit im Maniküresalon. Guffey verwandte sie, um die Bekanntschaft mit der Dienerschaft eines reichen Mannes zu machen, der halbrote Organisationen unterstützte und von dem das Gerücht ging, es gebe etwas Unlauteres in seinem Privatleben. Gladys führte ihren Auftrag so gut aus, daß Guffey ihr eine noch weit schwierigere Aufgabe anvertraute: sie suchte reiche Damen auf, erklärte ihnen die Größe der roten Gefahr und veranlaßte sie, Guffeys Agentur Geld zukommen zu lassen.

Der antirote Kampf tobte eben äußerst heftig. Seit zwei Jahren, seit der Bolschewikirevolution in Rußland, machte sich in der sozialistischen Partei eine Spaltung bemerkbar, und die Geheimagenten von Guffeys Bureau, ebenso wie die Angestellten der Staatsanwaltschaft und der Regierung, taten ihr möglichstes, um diese Spaltung zu vergrößern. Etliche Sozialisten glaubten noch immer an die politische Aktion, waren bereit, ihr ganzes Leben der langwierigen Aufgabe, eine Partei aufzubauen, zu widmen. Andere, ungeduldigere, suchten einen kürzeren Weg, Generalstreik oder Massenaufstand des Proletariats, die der Sklavenherrschaft des Kapitalismus ein Ende bereiten würden. Sie behaupteten, die Politik sei etwas Faules, ein Politiker vermöge das Proletariat in einer Minute mehr zu betrügen, als dies die Führer in einem Jahr verhindern konnten. Sie wiesen auf die deutschen Mehrheitssozialisten, diese Verräter am Internationalismus, hin. Auch in American-City gab es Leute, die sich Sozialisten nannten und die Bewegung in die gelbe Falle ziehen wollten.

Dieser Kampf begnügte sich nicht mit dem Abstrakten, die beiden Flügel der Partei griffen mit erbitterter Wut an. Die „Politiker“ verhöhnten die „Unmöglichkeitsgläubigen“, nannten sie „Anarchisten“, die andere Seite, derart gereizt, beschuldigte ihre Gegner, sie stünden im Dienste der Regierung. Peter berichtete Mc Givney von den Skandalen, die durch die Lockspitzel verursacht wurden, von den lang währenden Redekämpfen in der Organisation, bei denen sich ein Clurßer Shorty Gunton besonders hervortat.

Shorty Gunton war ein vagabundierender Setzer, ein Wanderagitator, der die direkte Aktion predigte, einerlei, wer ihm zuhörte. „Gewalt“, pflegte er zu sagen, „wie viele tausend Jahre noch sollen wir uns der Gewalt der kapitalistischen Regierungen fügen, ohne das Recht zu einer Erwiderung zu haben?“ „Gewalt? Natürlich müssen wir die Gewalt leugnen — bis wir stark genug für sie sind.“ Peter hatte Shortys Verhöhnung der Kompromißler und politischen Krämer gelauscht und ihn für einen der gefährlichsten Menschen in American-City gehalten. Später jedoch, da der Vorfall mit Joe Engel ihm die Augen geöffnet hatte, glaubte Peter, Shorty müsse gleich ihm ein Geheimagent sein.

Er erfuhr es nie mit Bestimmtheit, doch sammelte er Tatsachen, fügte sie aneinander, und nach kurzer Zeit wurde sein Glaube zur Gewißheit. Der linke Flügel spaltete sich von der Partei ab, bildete eine eigene Gruppe, die sich dann ihrerseits wieder spaltete: in die Kommunistische Partei und die Kommunistische Arbeiterpartei. Während diese beiden Parteien in der Bildung begriffen waren, teilte Mc Givney Peter mit, die Regierung habe einen Agenten in der Kommunistischen Partei, es sollen ins Programm etliche Sätze aufgenommen werden, die die bloße Zugehörigkeit zur Partei als Verbrechen stempeln und ermöglichen, jedes Mitglied ohne weiteres ins Gefängnis zu werfen. Natürlich müßten diese Sätze sorgfältig ausgewählt werden, müßten dem üblichen Kommunistengeschwätz entsprechen, und dabei könne Peter von Nutzen sein.

Peter schrieb die Sätze; wenige Tage später las er in der Zeitung einen Bericht über die Vorgänge bei Gründung der Partei. Das Gründungskomitee hatte eine Resolution vorgelegt, Shorty Gunton hatte dagegen eine Minoritätsresolution eingebracht, eine feurige Rede gehalten und war mit seiner Resolution durchgedrungen. Etliche Monate später, als die Regierung mit der Kommunistenverfolgung begann, wurde auch Shorty Gunton verhaftet, doch entfloh er wenige Tage später auf dramatische Weise, indem er ein Loch in das Dach des Gefängnisses bohrte.

(Fortsetzung folgt.)

ein Verbindungsdach schon den Pferdestall, der daneben errichtet ist, ergriffen. Mit vieler Mühe gelang es, drei Pferde, die bereits dem Ersticken nahe waren, zu retten. Die Feuerwehr konnte nicht verhindern, daß der Holzschuppen mit allem Stroh niederbrannte und auch das Stallgebäude und ein angrenzender Seitenflügel vom Feuer ergriffen wurden. Der zweite Brand kam früh um 3.30 Uhr zur Meldung, muß aber schon vorher stundenlang in dem Lumpenspeicher der Firma Josef Schimeck, Mühlenstraße 11, auf dem Schlesischen Bahnhof gewütet haben. Die Feuerwehr nahm das ganze Gebäude, das total von dichtem Rauch eingehüllt war, unter Wasserschutz, um eine weitere Ausdehnung zu verhindern. Es gelang auch, alle angrenzenden Gebäude und die benachbarten Kohlenlagerplätze und fiskalischen Schuppen der Eisenbahn zu schützen. Gegen Morgen war die größte Gefahr beseitigt. Die Entstehung der beiden Brände konnte noch nicht aufgeklärt werden.

Die Geschäftseinbrecher haben es in den letzten Nächten in Berlin wieder unheimlich getrieben und große Werte erbeutet. In der Seidenstoff-Großhandlung von Julius Michaelis in der Leipziger Straße 60-61 stahlen sie für 200 000 M. Seide und Samt, bei der Firma Sternberg und Komp. in der Klosterstr. 86 für ebenfalls 200 000 M. Stoffe, bei Blank und Nurenberger in der Lindenstraße 42 für 150 000 M. Nähgarn und Strickwaren bei dem Kaufmann Hermann Kaul in der Meyerbeerstr. 10 für 40 000 Mark Galanteriewaren, bei Knoller in der Ritterstraße 72 für 30 000 M. Handspiegel und Artikel für Nagelpflege, in dem Schuhwarengeschäft Neptun in der Kleiststraße 22 für 50 000 M. Herren- und Damenstiefel und an verschiedenen anderen Stellen Waren aller Art im Werte von 10 000 bis 20 000 M.

Der Plättkeller als Nachtlokal. Der ehrsame Plättkeller im Hause Steinmetzstraße 65, in welchem am Tage Oberhemden u. a. geplättet wurde, verwandelte sich seit einiger Zeit nach Sonnenuntergang in ein Nachtlokal, in welchem der Sekt — die Flasche zu 275 M. — in Strömen floß. In der vergangenen Nacht bereitete die Polizei dem Idyll ein frühzeitiges Ende, indem sie die anwesenden 13 Personen feststellte und den Betrieb schloß.

Gewerkschaftliches

Zum Verbandstag der Holzarbeiter

K. S. Am 5. Juni beginnt in Hamburg der 12. ordentliche Verbandstag der Holzarbeiter. Er steht unter dem Eindruck einer seit Jahresfrist gerade auf der Holzindustrie lastenden Wirtschaftskrise, die es der Organisationsleitung naturgemäß erschwerte, mit nennenswerten materiellen Erfolgen in der abgelaufenen Berichtsperiode aufwarten zu können. In Berlin, wo wir es mit dem hartgesottensten Unternehmertum des Holzgewerbes zu tun haben, ist es daher den Holzindustriellen und Tischlermeistern, kraft dieser ungünstigen Verhältnisse, möglich gewesen, die Lohnbewegung der Berliner Holzarbeiter seit Jahresfrist zum Stillstand zu bringen.

Der Verbandstag wird sich u. a. zu beschäftigen haben mit der Frage, ob die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Reichs- oder Ortstarif zu regeln sind, die zugunsten des Reichstarifs bereits entschieden ist. Es kann sich bei dem Punkt Lohnbewegungen der Tagesordnung vor allem nur darum handeln, die taktischen Maßnahmen festzulegen, die einen günstigen Abschluß der zentralen Verhandlungen über einen neuen Reichstarif ermöglichen. Zu einer weiteren Vorlage über einen Entwurf einer Unterstützungskasse des deutschen Holzarbeiterverbandes liegen etwa 150 Anträge vor, darunter natürlich auch eine Anzahl kommunistischer. Die Austragung der Meinungsverschiedenheiten, wie sie der vor zwei Jahren in Berlin abgehaltene Verbandstag über die Kriegspolitik der Gewerkschaften brachte, wird sich diesmal wahrscheinlich in etwas ruhigeren Bahnen vollziehen; schon deshalb, weil auch die Augustopposition des vorigen Jahres sich inzwischen voll und ganz auf den Boden freigewerkschaftlicher Grundsätze und Taktik gestellt und von revolutionären Phrasen freigemacht hat. Die Kommunisten werden wohl kaum auf dem Verbandstag vertreten sein. Die eigentlichen Streitpunkte sind: „Moskau oder Amsterdam", „Industrieorganisation" und die „Arbeitsgemeinschaften". In der Frage des Ausschlusses der Teilnehmer an der kommunistischen Reichskonferenz der Holzarbeiter hat der Vorstand bereits seine Entscheidung gefällt und den Ausschluß vollzogen. Aller Voraussicht nach wird der Verbandstag diese Stellungnahme sanktionieren, obwohl dabei formell nicht nach dem Statut verfahren worden ist.

Der Bildung von Industrieverbänden stehen grundsätzliche Auffassungen innerhalb des Holzarbeiterverbandes kaum gegenüber. Anders steht es mit den Arbeitsgemeinschaften, die von dem Berliner Verbandstag zur Frage der Arbeitsgemeinschaftspolitik gebilligt wurde und an der der Vorstand auch heute noch festhält. Hier würde der Verbandstag durch einen entsprechenden Beschluß nicht nur die Kampfkraft und den Kampfeswillen der deutschen Holzarbeiter stärken, sondern auch — und das ist das Entscheidende — vieles Trennende innerhalb der Reihen der organisierten Holzarbeiter beseitigen und so die Geschlossenheit in der Holzarbeiterbewegung wiederherstellen. Ist sich der Verbandstag dieser seiner Aufgabe bewußt, so werden alle übrigen Fragen leicht ihre Lösung finden. Um die Führung der Kämpfe in der Zukunft braucht uns dann nicht bange zu sein.

Ueber den Stand des Verbandes und über die Verhandlungen werden wir berichten.

Lohnkämpfe in Mitteldeutschland

In Mitteldeutschland sind seit einiger Zeit verschiedene Lohnstreiks ausgebrochen, die sich vornehmlich auf das Baugewerbe erstrecken. Die Lohnstreiks der Arbeiter wurden von den Unternehmern mit der Motivierung zurückgewiesen, daß diese tarifwidrig seien, und sie verlangten deren bedingungslose Aufhebung. Die Unternehmer aber begingen denselben Tarifbruch, indem sie den Arbeitern zumuteten, einen zehnprozentigen Lohnabbau für viele Orte anzunehmen. Das angerufene Lohnamt entschied gegen die Unternehmer, aber auch gegen die „unberechtigten" Forderungen der Arbeiter. Die Arbeiter lehnten es ab, von ihren Forderungen abzustehen, während die Unternehmer mit der Aussperrung drohen, die in Merseburg bereits einsetzte. Die Bauarbeiter sind aber gewillt, diesen Kampf auszufechten.

Zum Kampf der Rheinschiffer

Seit April stehen die Rhein- und Binnenschiffer in einer Bewegung. Die berechtigten Forderungen sehen u. a. die uralte Forderung der Sonntagsruhe, die Bezahlung der Ueberstunden und die 12stündige Fahrzeit vor. Am 23. Mai fanden in Mühlheim a. d. Ruhr Verhandlungen statt, die scheiterten. Als die Arbeitervertreter aufforderten, doch auszusprechen, was den Unternehmern nicht an den Forderungen gefalle, erklärten die Herren, es lohne sich gar nicht einzelne Punkte herauszugreifen, denn nicht ein einziger sei diskutabel, die ganze Gesamtforderung werde unbedingt und unbesehen abgelehnt!

Der Verband der Heizer und Maschinisten hat nun zur Selbsthilfe gegriffen und den Mitgliedern aufgegeben, vom Erscheinen des Flugblattes an, das vier Forderungen enthält, nur die 12-Stunden-Fahrzeit innezuhalten und die vollständige Sonntagsruhe durchzuführen, neben anderen Anweisungen technischer Natur. Zum Schluß heißt es:

„Diese Aktion für restlose Durchführung der vorgenannten Forderungen tritt sofort in Kraft. Diese Aktion muß von allen unseren Berufskollegen mit rücksichtsloser Schärfe aufgenommen werden.

Hier gilt es nur eins, die organisierte Selbsthilfe, das Vertrauen auf die eigene Kraft. Wir verzichten darauf, uns auf die famose Arbeitsgemeinschaft zu stützen und dem Unternehmertum die Ohren voll zu winseln."

Die Einigkeit des Schiffahrtpersonals bürgt dafür, daß ihnen der Erfolg gewiß ist und die Unternehmer bald andere Töne anschlagen werden.

Behebung von Grenzstreitigkeiten

Der Verband land- und forstwirtschaftlicher Angestellter hatte um seine Aufnahme in den Afa-Bund nachgesucht, doch konnte derselben bisher nicht stattgegeben werden, da zwischen ihm und dem Zentralverband der Angestellten, Berlin SO. 26, Oranienstr. 40-41, Grenzstreitigkeiten bestanden. Dieselben sind nun dahin behoben, daß alle Angestellten der landwirtschaftlichen Nebenbetriebe, wie Brennereien, Ziegeleien, Molkereien und Zuckerfabriken, die selbständig von landwirtschaftlichen Hauptbetrieben geleitet sind, im Zentralverband der Angestellten zu organisieren sind. Alle sonstigen landwirtschaftlichen Beamten einschl. der Förster und Forstgehilfen sind im Verband der land- und forstwirtschaftlichen Angestellten zu organisieren. Es ist deshalb notwendig, daß die betreffenden Angestellten der vorerwähnten Betriebe darauf aufmerksam gemacht werden, daß für sie als freigewerkschaftliche Organisation nur der Zentralverband der Angestellten, Berlin SO. 26, Oranienstr. 40-41, in Frage kommt.

Ueberstunden bei Schultheiß

In großer Aufmachung wird jetzt das 50jährige Jubiläum von Schultheiß-Patzenhofer gefeiert. In den Betrieben aber, wie uns mitgeteilt wird, wird seit einer Woche vor Pfingsten Ueberzeit geleistet, die zu vermeiden wäre, wenn die Firma guten Willens wäre, eine zweite Schicht im Flaschenkeller, Abt. II, einzuführen. Es wäre an der Zeit, daß die dort Beschäftigten jede Ueberzeit solidarisch verweigern und des Heeres der Arbeitslosen gedenken würden. Vielleicht genügt dieser Hinweis an die Firma und an die Arbeiter, daß diesem Uebelstand abgeholfen wird.

Streik der Mineralwasserarbeiter. Die in den Berliner Mineralwasserbetrieben beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen und Kutscher haben in ihrer gestrigen Versammlung wegen der ablehnenden Haltung der Arbeitgeber fast einstimmig den Streik beschlossen. Zentralstreiklokal bei Feyfara, Melchiorstr. 15, Mpl. 1854; Norden, bei Kersin, Pankstr. 60, Nord. 5344; Süden, bei Bleukle, Schönleinstr. 26, Mpl. 10 533; Westen, bei Petrie, Charlottenburg, Nehringstr. 9, Wilh. 1821. Heute abend 7 Uhr Streikversammlung. Versammlungslokal wird in den Abendausgaben der Arbeiterzeitungen bekanntgegeben.

Die Streikleitung.

Das Ueberstundenwesen bei der Gasbetriebsgesellschaft. Vom Verband der Gemeindearbeiter wird uns geschrieben: Seit Bestehen der 8stündigen Arbeitszeit führen Betriebsrat und Gewerkschaft einen erbitterten Kampf mit der Direktion der Gesellschaft um deren Einhaltung. Wenn es in den übrigen Werken der Gesellschaft nach und nach gelungen ist, diesen Uebelstand abzustellen, so wird dieses Unwesen von dem Herrn Direktor Pohmer im Gaswerk Mariendorf geradezu begünstigt. Diesem Herrn ist schon sehr oft klar gemacht worden, daß ein Monopol-Betrieb, wie die Gaswerke, die allerwenigste Ursache hätte, bei der großen Arbeitslosigkeit Ueberstunden zu leisten. Doch übertrat er fortwährend durch seine Anordnungen die einschlägigen, auch tariflich festgelegten Bestimmungen, so daß eine Klage bei dem zuständigen Schlichtungsausschuß der Gesellschaft mit der Erklärung der Direktion endete, daß sie gewillt sei, den Bestimmungen des Tarifes nachzukommen. **Aber geschehen ist im Gaswerk Mariendorf nichts,** und wie uns mitgeteilt wird, tragen auch einzelne Arbeiter durch ihr egoistisches Tun die Schuld daran, daß dieser Skandal bis heute noch besteht.

Mit solchen Arbeiter-Schädlingen muß sehr ernstlich mal gesprochen werden, und dem Direktor muß bedeutet werden, daß auch er sich im Rahmen der bestehenden Gesetze zu bewegen hat, sonst müßten auch hier andere Töne angeschlagen werden.

Gewerkschaftsversammlungen

Volkshochschule Groß-Berlin. Am Donnerstag, den 2. Juni, muß der Vortrag von Herrn Seidel über Betriebsräte in der Paideiastr. 44-46 leider ausfallen. Der nächste Vortrag findet am Donnerstag, den 9. Juni statt.

Betriebsversammlung. Alle Kollegen, welche infolge Betriebseinschränkung der Firma Carl Rüttger, Hohenschönhausen, entlassen wurden, sind zur Betriebsversammlung am Montag, den 30. Juni, im Lokal „Zum Hirschlab", Hohenschönhausen, Berliner Str. 93, eingeladen.

Tagung der deutschen Bergarbeiter

k. Gießen, 30. Mai.

Zweiter Verhandlungstag.

In der heutigen Sitzung wurden zunächst noch eine Reihe Begrüßungsansprachen entgegengenommen. Die Grüße der Bergarbeiter der Tschecho-Slowakischen Republik überbrachte Pohl-Teplitz. Die dortigen Bergarbeiter ständen in einer Krise. Aus der Kohlennot sei ein Kohlenüberfluß geworden. Die Tschecho-Slowakische Regierung habe wohl die Sozialisierung des Bergbaues in ihr Programm aufgenommen, aber noch nichts getan. Jetzt wolle sie auf das Drängen der Organisation eine Probesozialisierung vornehmen. Weitere Begrüßungsansprachen wurden gehalten von Dewet-Holland, Umbreit vom A. D. G. B., Werner-Berlin für den Bund der technischen Angestellten, Rudolph-Essen spricht im Auftrage des Werkmeisterverbandes, während der Reichswirtschaftsminister sich vertreten ließ. Alle wünschten ein Glückauf den Verhandlungen.

Hierauf gab Löffler-Berlin einen Situationsbericht über Oberschlesien. Dieses berge 107 Millionen Tonnen Kohlen, nach denen die Polen streben. Auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker habe Polen kein Anspruchsrecht auf Oberschlesien; Oberschlesien müsse ungeteilt im Rahmen des Deutschen Reiches bleiben. Das Abstimmungsergebnis wäre ohne den Terror der Polen viel günstiger für Deutschland gewesen. Löffler bespricht dann die Aufstände in Polen und begründet hierzu eine Sympathiekundgebung für Oberschlesien, die ausklingt in dem Verlangen, „daß nicht die Gewalt, sondern nur das Recht triumphieren soll, Oberschlesien ungeschmälert bei Deutschland belassen werden muß."

Diese Kundgebung wird gegen drei Stimmen angenommen.

Den Geschäftsbericht, und zwar den allgemeinen Teil, gibt Verbandsvorsitzender Husemann-Bochum. Er ergänzte den gedruckten Bericht, den wir bereits kurz Sonntags besprachen, und erinnerte eingangs an die Veränderungen, die im Verbandsvorstand seit der letzten Generalversammlung vor sich gegangen sind. Es sind drei Vorstandsmitglieder, darunter der frühere Vorsitzende Sachse, angeschieden. Husemann dankt namens der Generalversammlung diesen Vorstandsmitgliedern für ihre langjährigen treuen Dienste für den Verband. Im Laufe der Berichtsperiode sind hohe Anforderungen an die Verbandsleitung und an die Organisation gestellt worden. Die

Gewerkschaftstaktik

war Gegenstand schärfster Auseinandersetzungen. Die Kampfesweise der sogenannten Opposition war nicht nobel und anständig. Der Redner besprach dann die wirtschaftlichen Verhältnisse im Bergbau, den Friedensvertrag von Versailles, das Kohlenabkommen von Spaa mit seiner Pflichtleistung von 2 Millionen Tonnen monatlich, das Diktat von Paris und das Ultimatum und dessen Annahme durch die Regierung. An den allgemeinen wirtschaftlichen Vorgängen und ihren Begleiterscheinungen könnten die Gewerkschaften nicht mit zugebundenen Augen vorübergehen. Die Gewerkschaften könnten keine Katastrophenpolitik betreiben, sie müßten Rücksicht nehmen auf das Volksganze. Bedauerlich sei, daß die Sozialisierungsfrage nicht zu einem einigermaßen annehmbaren Abschluß gekommen sei. Der Verband habe alles getan, um die Sozialisierung zu fördern.

Husemann ging hierauf ausführlich auf die verschiedenen Strömungen im Verband ein und fand die stärkste Zustimmung der Generalversammlung, als er gegen die Zersplitterungsversuche Front machte. Er wandte sich mit Schärfe

gegen die Spaltungsbestrebungen

der Moskauer und teilte mit, daß **131 Kameraden** gelöscht worden sind, weil sie den Verband zu einem parteipolitischen Anhängsel machen und ihn unter das Diktat von Moskau bringen wollten. Der Verband müsse von allen politischen Parteien und Religionsgemeinschaften völlig unabhängig dastehen. Nur dann könne er seine hohen Aufgaben erfüllen und allen Berufsgenossen dienen.

Zum Schluß seiner Ausführungen betonte Husemann, der Vorstand habe in den letzten zwei Jahren mit Zähigkeit und Ausdauer gearbeitet und sich bei all seinen Maßnahmen von höchstem Pflichtbewußtsein leiten lassen. (Lebh. Beifall.)

In der Nachmittagssitzung wurden Spezialberichte zum Geschäftsbericht entgegengenommen. Ueber die Lohnbewegungen der beiden letzten Jahre verbreitete sich sehr ausführlich das Vorstandsmitglied Schmidt-Bochum. Er betonte, ein Nachlassen des Kampfcharakters könne man in der Zeit der Tarifverträge nicht verspüren; die Kämpfe seien weit schärfer geworden als früher. Mit Ausnahme des Saargebiets würden die Kollegen in ganz Deutschland nach tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen arbeiten. Das sei ein wesentlicher Erfolg der Organisation. Im Saargebiet wäre allerdings auch die Arbeitszeit länger als in anderen Revieren. Die Ursache liege in der Besetzung. Der Streik könne nur als letztes Kampfmittel in Frage kommen, wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft seien.

Ueber die

Betriebsräte im Bergbau

berichtete Hesse-Halle, der in sehr temperamentvoller Weise eine Schilderung der Aufgaben der Betriebsräte gab und die vom Vorstand vorgelegten Richtlinien für die Betriebsräte des Verbandes begründete.

Dann sprach Thimm-Bochum über Bergmannssiedlungen. Er legte eine Entschließung vor, die den Versuch, die Wohnungsnot durch Errichtung von Wohnungen zu beseitigen, wobei zur Beschaffung des Baukapitals Zuschläge auf den Kohlenpreis gelegt werden, als mißlungen ansieht. Erstrebenswert seien Bergmannssiedlungen, die den kulturellen Anforderungen entsprechen. Die Errichtung sozialer Baubetriebe soll mit allen Mitteln unterstützt werden.

Den Kassenbericht gab Bittner-Bochum und für die Redaktion berichtete Wagner-Bochum. Ueber die Jugendabteilung des Verbandes gab Franz Osterroth-Bochum einen Bericht und für den Kontrollausschuß des Verbandes berichtete Linke-Dortmund.

Damit war die Reihe der Berichterstattungen beendet.

Parteiveranstaltungen

Distriktskonferenz Niederbarnim-Nord. Da die letzte Konferenz wegen geringen Besuchs der Ortsgruppen vertagt werden mußte, ist es Pflicht, daß jede Ortsgruppe sich in der nächsten Sitzung vertreten läßt. In den Orten, wo Ortsgruppen nicht bestehen, aber Genossen wohnen, bitten wir einen Genossen zu entsenden. Die Konferenz ist am Sonnabend, den 4. Juni, abends 6 Uhr, im Lokal von Bater, Pankow, Mühlenstr. 19. Tagesordnung: 1. Wahl der Distriktsleitung. 2. Einteilung von Arbeitsgebieten.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. Referentenzusammenkunft Mittwoch abend 7 Uhr im Berliner Rathause, Zimmer 189, 3 Treppen. Erscheinen aller Pflicht.

Für alle Distrikte der Stadtgemeinde Berlin liegen im Verbandsbureau Versammlungsplakate zum Abholen bereit. Vom Bureau aus ist Säulenanschlag für die am Freitag, 3. Juni, stattfindenden Versammlungen veranlaßt worden. Trotzdem müssen an allen verkehrsreichen Stellen, in der Nähe von Betrieben usw. weitere Plakate durch die Distrikte angeklebt werden.

Mittwoch, 1. Juni

Verwaltungsbezirk Berlin-Mitte. 6½ Uhr im Rathaus Bezirksversammlung. 5½ Uhr Fraktionssitzung. Die Kommunalpolitiker vom Verwaltungsbezirk Berlin-Mitte sind dazu eingeladen.

Donnerstag, 2. Juni

Presse-Kommission. 6½ Uhr Breite Str. 5-9. Vollzähliges Erscheinen mit Ausweisen unbedingt erforderlich.

2. Verwaltungsbezirk (Westen), alter 2. Distrikt. Elternbeiräte. Abends 7½ Uhr interfraktionelle Sitzung sämtlicher auf der Liste der U. S. P. D. stehenden Elternbeiräte bei Rickert, Steinmetzstr. 36a.

6. Verwaltungsbezirk (Halleches Tor). **Kommunale Kommission.** Abends 7 Uhr Sitzung in der Schulaula Dieffenbachstr. 53.

Verwaltungsbezirk Neukölln. 6 Uhr Sitzung der engeren Geschäftsleitung im Rathaus. Abends 8 Uhr Funktionärversammlung im Karlsgarten, Karlsgartenstraße. Vortrag des Genossen Siegle über Partei und Gewerkschaften.

6. Distrikt. Abends 7 Uhr Vorstandssitzung bei Gallas, Barnimstr. 20.

12. Distrikt. Frauenarbeits- und Kinderschutzkommission. 7 Uhr Sitzung Danckelstraße 53 bei Klimpel.

12. und 13. Distrikt. 6 Uhr Kinderchor-Uebungsstunde, Schule Pappelallee 41-42, Turnhalle.

13. Distrikt. Kommunale Kommission. 7 Uhr Sitzung bei Grunow, Schoelbeinstraße, Ecke Sechsstraße.

14. Distrikt. Kommunale Kommission bei Kaiser, Gatzkowskistr. 34.

17. Distrikt. 2. und 3. Abteilung. Abends 7 Uhr wichtige Abteilungskonferenz bei Hause, Brüsseler Str. 9.

17. Distrikt. Abends 7 Uhr Sitzung sämtlicher Mitglieder der Agitationskommission der 1. und 2. Abteilung bei Kroll, Utrechter Str. 21.

Mariendorf. Abends 8 Uhr dringende Sitzung der Bildungskommission im Zimmer 26 des Rathauses Mariendorf.

Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald. 7½ Uhr Funktionärsitzung im Restaurant von Kruklat (vorm. Schilling), Lauenburger Str. 21.

Sektion Post und Telegraphie. Abends 8 Uhr Versammlung in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9.

Reinickendorf-Ost. 8 Uhr Versammlung aller Eltern, deren Kinder die weltliche Schule 4a und 6a besuchen, in der Aula des Gymnasiums.

Vereinskalender

Mittwoch, 1. Juni

Verband der Lungen- und Tuberkulosekranken Deutschlands, Bezirk 6, 7 und 8. Die am 1. Juni, abends 7 Uhr, angesetzte Versammlung fällt aus. Dieselbe findet am 15. Juni, 7 Uhr abends, im Restaurant Sachse, Lindower Str. 26, statt.

Sozialistische Proletarierjugend Nordostsee. 7 Uhr Mitgliederversammlung bei Schwanberg, Naugarder Str. 3.

Donnerstag, 2. Juni

Zentralverband der Invaliden und Witwen. Nachm. 5 Uhr, Bez. Neukölln, Reaigymnasium, Kaiser-Friedrich-Str. 208-210 und nachm. 5 Uhr Bez. Lichtenberg, Realgymnasium Parkaue.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Betriebsräte der Portiers und Wächter. Abends 5 Uhr bei Schirm, Charlottenstr. 7-8. — Betriebsräte der Post- und Telegraphenarbeiter. Abends 6½ Uhr Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11-12. — Betriebsräte der Sektion 8 (Lebens- und Genußmittelbranche). Abends 7 Uhr bei Feyfara, Melchiorstr. 15. Tagesordnung: Wahl der Delegierten zur Betriebsrätekonferenz des Transportarbeiter-Verbandes.

Klaviaturarbeiter. Nachm. 5 Uhr im Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147, wichtige Branchenversammlung.

Deutscher Verkehrsbund. Abends 1/27 Uhr im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. Nr. 11-12, Großer Saal, Vollversammlung sämtlicher Betriebsräte unserer Abteilung.

Deutscher Werkmeisterverband, Fachgruppe 30. Automobil- und Karosseriebau. 7 Uhr Versammlung im Schultheiß, Neue Jakobstraße.

Geschäftliches

Ausstellung hauswirtschaftlicher Maschinen. Eine beachtenswerte Ausstellung findet zurzeit im Kaufhause Litz, Leipziger Straße statt. Hauswirtschaftliche Maschinen und Geräte jeder Art werden, zum Teil im Betrieb, gezeigt, Waschmaschinen, neuartige Bügeleisen, eine Messerputzmaschine, neuartige Holzspalter und Schneeschläger, Einkochapparate, elektrische Reisekocher und was es sonst an größerer Zeit und Kraft ersparenden Haushaltungsgegenständen gibt und an praktischen kleinen Geräten, die freundwillige Helfer der selbsttätigen Hausfrauen darstellen.

Kukirol
beseitigt schnell, sicher und schmerzlos
Hühneraugen
Millionenfach bewährt.
Hornhaut, Schwielen u. Warzen.
Schachtel M 1.-
Jn Apotheken u. Drogerien erhältlich

Die Erhöhung der Eisenbahnfahrkartenpreise

Die zum 1. Juni bzw. für den Berliner Vorortverkehr zum 1. Juli in Aussicht genommene weitere Erhöhung der Eisenbahnfahrkartenpreise trifft in erster Linie die Arbeiter und Angestellten. Ein großer Teil von ihnen ist gezwungen, täglich die Staatsbahn zu benutzen, um zur Arbeitsstätte zu gelangen. Nun haben Teuerung und Wirtschaftskrise der Arbeiterklasse seit Jahren schwere Wunden geschlagen, legen ihr dauernd die größten Entbehrungen auf. **Die Preiserhöhung der Eisenbahnfahrkarten kann die Arbeiterschaft nicht tragen.** Die Genossen Dißmann und Ziska (Berlin) vom Metallarbeiterverband haben sich in dreimaligen eingehenden Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium bemüht, eine

erhebliche Herabsetzung der außerordentlichen und ungerechten Preisaufschläge für Wochen- und Monatskarten

zu erreichen, desgleichen **Erleichterungen für die Kurzarbeiter.** Im gleichen Sinne bewegt sich ein vom 23. Mai datiertes Schreiben, das Genosse Dißmann an den Reichsverkehrs-, Wirtschafts- und Arbeitsminister gerichtet hat und das unter Bezugnahme auf die früheren Besprechungen folgendes darlegt:

„Die zum 1. Juni d. J. beabsichtigte Preiserhöhung der allgemeinen Wochenkarten läßt die bei der Preiserhöhung der letzten Jahre wenigstens bis zu einem bestimmten Grad beobachteten sozialen Gesichtspunkte nicht nur völlig außer Betracht, sondern zeigt bei der jetzigen Preiserhöhung eine Wirkung im entgegengesetzten Sinne. Dies sei u. a. in folgendem Beispiel nachgewiesen:

Die Preisberechnung der Fahrkarte 4. Wagenklasse betrug im Friedensstand 2 Pfg., bei Arbeiterwochenkarten einen Pfennig pro Kilometer, im März 1921 betrug der Kilometerpreis 4. Klasse neun Pfennig, bei den allgemeinen Wochenkarten vier Pfennig (berechnet bei 10 Kilometer), während bei der Fahrkarte mit einer höheren Kilometerzahl der Fahrpreis weiter sank, zum Beispiel bei 20 Kilometer Entfernung pro Kilometer 3,3 Pfg., bei 40 Kilometer 2,6 Pfg. pro Kilometer usw.

Nach der zum 1. Juni 1921 beabsichtigten Preiserhöhung soll der Fahrpreis für die 4. Klasse pro Kilometer 13 Pfg. betragen, bei den allgemeinen Wochenkarten pro Kilometer 9 Pfg. Diese Preisfestsetzung bedeutet mithin, daß entgegen dem in den letzten Jahren berechneten Kilometerpreis

für allgemeine Wochenkarten die soziale Notlage der Arbeiter und Angestellten völlig unberücksichtigt bleibt.

Sie bedeutet ferner, daß entgegen selbst der Preisfestsetzung in Friedenszeiten, in denen der Kilometerpreis für Arbeiterwochenkarten mit rund der Hälfte der allgemeinen Preise für die Wagenklasse berechnet wurde, die zum 1. Juni d. J. in Aussicht genommene Preisfestsetzung für allgemeine Wochenkarten $^{8}/_{13}$ des normalen Kilometerpreises der 4. Klasse ausmacht. Es sei ferner darauf hingewiesen, daß die allgemeine Wochenkarte nach dem Stand vom März 1921 zum Satz von $^{7}/_{30}$ des Monatskartenpreises 4. Klasse berechnet wurde, während beim Stand vom Juni 1921 beabsichtigt ist, die allgemeine Wochenkarte mit ½ des Monatskartenpreises 4. Klasse zu berechnen. Wie man die Preisfestlegung einer allgemeinen Wochenkarte mit ½ des Monatskartenpreises begründen will, ist uns unerklärlich. Eine Woche zählt 7 Tage, und die frühere Berechnung von $^{7}/_{30}$ eines Monatspreises war sachlich begründet, nicht aber die Berechnung einer Wochenkarte mit ½ des Monatskartenpreises. Zu welchen Auswirkungen die jetzt in Aussicht genommene Preiserhöhung der allgemeinen Wochenkarten führt, sei ferner an der Gegenüberstellung folgender Preise gezeigt:

Es betrug der Preis:	Stand März 1921 pro Woche	Stand Juni 1921 pro Woche	Erhöhung gegenüber März 1921 pro Woche
im Nahverkehr bis 7 km	2,— bis 3,— M.	6,50 M.	3,50 bis 4,50 M.
bei 10 km	4,— M.	9,— „	5,— M.
„ 15 „	5,40 „	13,— „	7,60 „
„ 20 „	6,60 „	18,— „	11,40 „
„ 25 „	7,20 „	22,— „	14,80 „
„ 30 „	8,40 „	26,— „	17,60 „
„ 40 „	10,40 „	35,— „	24,60 „

Diese Aufstellung zeigt, daß die Arbeiter durch die eintretende Preiserhöhung mit einer ganz erheblichen Einbuße gegenüber ihrem bisherigen Einkommen zu rechnen haben. Beträgt die Verringerung ihres Wocheneinkommens im allergünstigsten Falle (im Nahverkehr) bis 8 Kilometer 3,50 bis 4,50 M. pro Woche, so steigert sich dieser Ausfall bei breiten Arbeitermassen zu Beträgen von 10 M., 20 M. und mehr pro Woche. Es darf als bekannt vorausgesetzt werden, daß in einer Reihe von Wirtschaftsgebieten die Arbeiter zu einem großen Teil nicht ihren Wohnsitz im Stadtgebiet haben, sondern aus hunderten mehr oder weniger weit entfernten Ortschaften morgens in der Frühe zur Arbeit herbeieilen und ebenso am Spätnachmittag resp. abends bis in die weitentlegensten Ortschaften zurückfahren. **Täglich zurückgelegte Fahrtstrecken von 30, 40 und mehr Kilometer sind dabei durchaus keine Seltenheit,** sondern kommen, wie ohne weiteres bei einer einfachen Nachprüfung in einer Reihe von Wirtschaftsgebieten festgestellt werden kann, für viele Tausende von Arbeitern in Betracht. **Die gegenwärtig beabsichtigte Preiserhöhung, die in ihrer Tendenz**

die Arbeiter umso schwerer trifft, je weiter ihr Wohnort vom Arbeitsplatz entfernt ist,

bedeutet in ihrer progressiven Steigerung bei jedem Kilometer mehr Entfernung für die Betreffenden eine direkte Strafe, anstatt daß sie eine Ermäßigung für die Kilometerberechnung bringen sollte, wie letzteres auch in den letzten Jahren mit Recht gehandhabt worden ist ....

Schließlich wollen wir nicht versäumen, mit allem Nachdruck nochmals hinzuweisen auf **die außerordentliche Notlage, in der sich die Kurzarbeiter befinden.** Hunderttausende sind seit geraumer Zeit zu Feierschichten verurteilt. Nehmen wir nun als Beispiel, daß ein Arbeiter zwei bis drei Tage pro Woche aussetzen muß. Löst er nach dem zur Zeit bestehenden System eine allgemeine Wochenkarte, so muß er den vollen Preis einer Wochenkarte bezahlen, obwohl er durch mehrere Feierschichten davon abgehalten wird, die allgemeine Wochenkarte täglich zu benutzen. **Es müßte für solche Fälle, die heute nicht vereinzelt dastehen, sondern die Hunderttausende von Arbeitern in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise treffen, ein Ausweg gefunden werden,** und zwar derart, daß für Kurzarbeiter (d. h. solche Arbeiter, die gezwungen sind, wöchentlich eine oder mehrere Schichten zu feiern) **eine besondere Fahrkarte** zur Ausgabe gelangt, vielleicht in der Form, daß die zur Ausgabe gelangende Karte für eine bestimmte Anzahl von Fahrten nach den allgemeinen Normen einer Wochenkarte berechnet und bei jeder Fahrt von der Kontrolle entsprechend gelocht würde.

Schließlich sei darauf hingewiesen, daß die Beförderung der Arbeitermassen zur und von der Arbeit bei einer Kalkulation der auf den einzelnen Fahrgast pro Kilometer entfallenden Unkosten der Reichseisenbahn nicht ohne weiteres mit der allgemeinen Personenbeförderung verglichen werden kann. Die Arbeiter werden in **überfüllten Zügen und zumeist in gedrängt zusammengepferchten Massen** morgens zur Arbeitsstätte befördert, und ähnliche Erscheinungen treten in den meisten Fällen bei der Nachhausebeförderung nach vollendeter Schicht zutage. Auch dieser Umstand darf bei einer Preisermäßigung für allgemeine Wochenkarten, die in erster Linie von den Arbeitern benutzt werden, nicht unbeachtet bleiben.

Wir geben uns der bestimmten Erwartung hin, daß es den von Ihnen in Aussicht genommenen Verhandlungen gelingen wird, in Kürze eine einigermaßen befriedigende Lösung der Angelegenheit herbeizuführen.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.
Dißmann."

Inzwischen ist der 1. Juni gekommen. Die Preiserhöhungen sind eingetreten, und für Berlin wird die Neuregelung für den Vorortverkehr am 1. Juli eintreten. Dißmann wurde erwidert, daß im Ministerium noch weiter beraten werde. Es ist die höchste Zeit, daß die Maßnahmen des Reichsverkehrsministeriums eine Aenderung erfahren. **Die jetzigen Preiserhöhungen bedeuten für die Arbeiter und Angestellten einen unerträglichen Zustand und müssen abgeändert werden.**

Deutscher Reichstag

Dienstag, den 31. Mai.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrt das Haus das Andenken der verstorbenen Abg. Tuch (D. Vp.) und Dr. Wiebel (Dn.).

Der Präsident spricht dann dem Abg. Dr. Spahn (Zentr.) zu seinem 75. Geburtstage die Glückwünsche des Reichstages aus. Ein Antrag auf Strafverfolgung des Abg. Remmele (Komm.) wegen Beleidigung geht an den Geschäftsordnungsausschuß.

Zur Geschäftsordnung beantragt Abg. **Höllein** (Komm.), die kommunistischen Anträge auf **Beseitigung der Sondergerichte** sofort auf die Tagesordnung zu setzen. In Mitteldeutschland herrschen unglaubliche Zustände, auch in Bayern herrscht der weiße Schrecken.

Abg. **Müller-Franken** (Soz.): Wir haben nichts dagegen, die Anträge in den allernächsten Tagen zu beraten; da aber morgen die Regierung eine programmatische Erklärung abgeben soll, können die Kommunisten bei der Gelegenheit ihre Ausführungen vorbringen. Heute, wo die Regierung nicht anwesend ist, wäre eine Beratung zwecklos.

Abg. **Ledebour** (U. S. P.): Ich beantrage, den Antrag Höllein anzunehmen. Die Ausführungen des Herrn Müller-Franken könnten vielleicht dann als richtig aufgefaßt werden, wenn die Frage neu wäre. Die Regierung hat Zeit genug gehabt, zu dem Amnestieantrag und den übrigen Anträgen Stellung zu nehmen. Sie hat sich auch zweifellos mit der Frage beschäftigt. Wenn die wichtige Frage der Abgabe der programmatischen Erklärung der Regierung auch noch mit der Behandlung dieser Anträge belastet werden soll, kann das weder dem einen noch dem andern zum Vorteil gereichen. Gerade die in Aussicht stehende Regierungserklärung rechtfertigt die Vorwegnahme der Debatte über diese Anträge.

Da Abg. **Schultz-Bromberg** (Dn.) gegen die Beratung dieser Anträge Einspruch erhebt, ist der Antrag Höllein erledigt.

Ein Antrag **Malzahn** (Komm.), Anträge über die **Erwerbslosenfürsorge** auf die Tagesordnung zu setzen, wird abgelehnt, da der Volkswirtschaftliche Ausschuß noch nicht endgültig zu den Anträgen Stellung genommen hat.

Der Fall Müller-Brandenburg

In einer kleinen Anfrage fordert Abg. **Graef-Thür.** (Dn.) Aufklärung über die Angelegenheit des **Majors Müller-Brandenburg von der Thüringer Staatspolizei.**

Reichskommissar Künzer: Es ist richtig, daß der Polizeimajor Müller-Brandenburg im Zusammenhang mit einer über die Zustände in der thüringischen Landespolizei eingeleiteten Untersuchung bis auf weiteres beurlaubt worden ist und daß gegen ihn von der thüringischen Staatsregierung eine Voruntersuchung geführt wird. Nach den mündlich erfolgten Mitteilungen haben tatsächlich Angehörige der Polizei **den Sowjetstern an der Uniform getragen.** Ein vor kurzem zum Leutnant beförderter Beamter, der sich selbst als Angehöriger der Dritten Internationale bezeichnet haben soll, ist entlassen worden. Am 9. April 1921 ging beim Reichsministerium des Innern abermals eine schriftliche, mit Einzelheiten belegte und mündlich erläuterte Anzeige gegen die thüringische Landespolizei ein. Der Anzeigende ist Beamter der Schutzpolizei und erklärt, Angehöriger der S. P. D. zu sein. Es wurde insbesondere behauptet, **daß Beamte, die der U. S. P. D. oder V. K. P. D. angehörten, in ganz besonderer Weise, namentlich bei der Beförderung bevorzugt würden.** Zur Prüfung dieser Vorwürfe wurde eine Kommission nach Weimar gesandt, welche in vollem Einvernehmen mit der thüringischen Landesregierung und unter Teilnahme eines Vertreters derselben eine Reihe von Angehörigen der thüringischen Landespolizei vernahm. Das Ergebnis dieser Vernehmungen hat dazu geführt, daß die thüringische Landesregierung vor mehr als drei Wochen selbst eine eingehende Untersuchung eingeleitet hat, bei der das Reichsministerium des Innern durch einen Vertreter beteiligt ist. **Vor Abschluß dieser Untersuchung ist die Reichsregierung nicht in der Lage, weitere Mitteilungen zu machen.** Die thüringische Staatsregierung hat ferner folgende Erklärung abgegeben:

„Mitglieder der thüringischen Staatsregierung haben mit der Angelegenheit nichts zu tun, und die Handlungen, die den Gegenstand der Beschuldigungen bilden, sind ohne Kenntnis der thüringischen Staatsregierung, insbesondere des thüringischen Ministeriums des Innern, dem die Landespolizei untersteht, vorgenommen worden."

Die **Einstellung des Betriebes auf der Zeche Maximilian** bei Hamm, über die Abg. Jaunschek (Soz.) Auskunft verlangt, ist der Regierung bekannt, und sie hat sofort die Anwendung der Verordnung vom 8. November 1920 beantragt. Die Bestimmungen dieser Verordnung sind eingehalten worden. Für den arbeitslos gewordenen Rest der Belegschaft hat man sich um Schaffung von Arbeitsgelegenheit bemüht. Zweidrittel der Belegschaft sind inzwischen anderweitig untergebracht worden. 85 Bauarbeiter bleiben bis auf weiteres auf der Zeche selbst beschäftigt, wo die begonnenen Baulichkeiten fertiggestellt werden sollen, um seinerzeit den Betrieb der Zeche wiederaufnehmen zu können.

Abg. Frau **Schreiber-Krüger** (Soz.) verlangt Auskunft über die **Begünstigung der „Mitropa"**, deren Leitung bei ihrer Gründung ein vom preußischen Eisenbahnministerium beurlaubter Ministerialdirektor übernahm. Die Regierung erwidert, daß die „Mitropa" 1916 gegründet wurde, um den überragenden Einfluß der Brüsseler internationalen Schlafwagengesellschaft zu brechen. Von den Erträgnissen dees Unternehmens erhält die Reichskasse eine Vorabgabe von 2 Prozent und eine Gewinnbeteiligung. Der 1916 abgeschlossene Vertrag ist zeitgemäß geändert worden. Von dem Ueberschuß über 8 Prozent Dividende hinaus erhält die Reichskasse die Hälfte, von 12 Prozent ab Dreiviertel, außerdem erhält die Reichskasse ein Siebentel des Aktienbesitzes.

Abg. **Hemeter** (Dn.) beschwert sich über das Verbot der „Hallischen Zeitung". Die Regierung erwidert, daß Oberpräsident Hörsing mit dem Verbot im staatlichen Interesse zu handeln glaubte, daß aber nach einem Beschluß des zuständigen Ausschusses des Reichsrates das Verbot als vollkommen unbegründet zu betrachten ist und daher die Aufhebung veranlaßt wurde. Genügender Schutz gegen Uebergriffe von Regierungsvertretern ist durch die Verordnung des Reichspräsidenten gewährleistet.

Das Gesetz über den Volksentscheid wird dem Reichsausschuß überwiesen.

Wirkl. Legationsrat Malzahn gibt Auskunft über die Verschleppung des Abg. Hartmann. Auf die Nachricht von der Verschleppung ist am 30. Mai eine Note an die Interalliierte Kommission gerichtet worden mit der Forderung der sofortigen Befreiung des Abg. Hartmann. Der deutsche Vertreter in Oberschlesien Praschma hat diese Forderung heute morgen mündlich wiederholt, eine Antwort liegt noch nicht vor. Die Regierung wird erneut mit allem Nachdruck auf eine beschleunigte Erledigung drängen. (Beifall.)

Darauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch nachm. 4 Uhr. **Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.**

Preußischer Landtag

22. Sitzung, Dienstag, den 31. Mai.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Kleine Anfragen

Auf eine Anfrage **Lüdicke** (Dn.) über die Zuziehung von Vertrauensleuten der freien Gewerkschaften zu den amtlichen Vernehmungen über die Erschießung des Obermaschinisten Sylt antwortet die Regierung, daß es sich in diesem Falle nicht um eine Hinzuziehung handele, sondern um eine Auskunftserteilung. In Zukunft würden Vertreter der Gewerkschaften nicht mehr zugelassen. (Unruhe und Zurufe links.)

Abg. Frau **Dr. Wegscheider** (Soz.) fragt, weshalb die beiden höheren Schulen für Mädchen in Münster (Westf.) ihren konfessionellen Charakter behalten hätten. — Ein Regierungsvertreter erklärt dazu, daß in den Fällen des katholischen und evangelischen Lyzeums in Münster ein typischer Ausnahmefall vorliege; denn diese von der Stadt übernommenen Schulen seien früher konfessionelle Privatschulen gewesen. (Unruhe links.)

Ein Kapp-Rektor

In einer kleinen Anfrage verlangen die Deutschnationalen die Wiedergutmachung der dem Rektor Roth in Berlin-Lankwitz angeblich widerfahrenen Ungerechtigkeit, die darin bestehe, daß er wegen Aufbewahrung von Einwohnerwehrwaffen in seiner Schule während des Kapp-Putsches im Interesse des Dienstes nach Potsdam versetzt worden sei; ferner verlangen sie Schaffung erträglicher Zustände an der 1. Gemeindeschule in Lankwitz, wo gegen den Rektor Rieck begründete Bedenken des Kollegiums und der Elternschaft der Schule bestünden.

Ein Regierungsvertreter: **Im Fall Roth hat die Beweisaufnahme Dinge ergeben, die eine Dienstentlassung als begründet erscheinen ließen. Roth hat zumindest eine klare Stellungnahme vermissen lassen.**

Es folgt die große Anfrage der Sozialdemokraten über eine baldmöglichste

Abänderung des Kommunal-Abgabengesetzes

und des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes.

Abg. **Müller-Hameln** (Soz.): Es ist nötig, daß die Gemeinden neue Steuerquellen flüssig machen, vor allem darf das Gemeindevermögen nicht bloß, wie das vielfach der Fall ist, eine Quelle des Gewinns für Privatinteressen sein. Eine gründliche Reform ist nötig; mit Verlegenheitssteuern, wie Klaviersteuern und Bettsteuern (Lachen) kann nicht geholfen werden.

Es folgt nun gleich im Anschluß die mit der großen Anfrage Stering, Müller und Genossen (S. P.) im Zusammenhang stehende Beratung des Antrags der Abgeordneten Altegoer und Genossen (Ztr.) über die Realsteuern und ihre Erhebung durch die Gemeinden.

Abg. **Altegoer** (Ztr.): **Wir beantragen, daß die Gemeinden und Gemeindeverbände das ausschließliche Recht der Erhebung von Realsteuern (Gewerbe-, Grund- und Gebäudesteuern) behalten.**

Ein Vertreter des Ministeriums des Innern: Die finanzielle Notlage, die Beschlagnahme der wichtigen Steuerquellen durch das Reich und das Aufhören der Steuerzuschläge zwingen die Gemeinden zu ungerechten Steuern. Sie müssen dabei auch aus kleinen Quellen schöpfen. Eine Verschärfung der Realsteuern ist unmöglich. (Beifall rechts.) Der städt. Haus- und Grundbesitz kann sie unter der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen so gut wie gar nicht abwälzen. Durch eine Abänderung des Kommunalabgabengesetzes usw. lassen sich die Finanzen der Gemeinden, der Kreise und der Provinzen schwerlich ordnen. Hier stehen wir erst in den allerersten Anfängen einer Finanzreform. Auch die Erschließung neuer Steuerquellen wird es kaum verhindern können, **daß die Gemeinden die Durchführung der Aufgaben, die bisher ihr Stolz gewesen sind, wesentlich einschränken müssen.** (Hört! Hört! links.)

Das Haus tritt in die Besprechung.

Abg. **Wallraf** (Dnat.) beantragt Ueberweisung der großen Anfrage an den auf 29 Mitglieder verstärkten Gemeindeausschuß.

Abg. **v. Eynern** (D. V.): Das Kommunalabgabengesetz ist veraltet. Die Umwandlung des Interessentenvermögens in Gemeindevermögen bei einer Reform ist abzulehnen. (Widerspruch links.)

Abg. **Katz** (Komm.): Schuld an der Zerrüttung der Gemeindefinanzen trägt das Reich.

Abg. **Brecour** (Soz.): Herr Katz hat sich die Sache leicht gemacht.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte über den kommunistischen Antrag, den Bericht über die Vorgänge in Mitteldeutschland auf die Tagesordnung zu stellen, der gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien abgelehnt wurde, vertagte sich das Haus auf Mittwoch 12 Uhr. — Schluß 6 Uhr.

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo Stebschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales u. Gewerkschaftl.: Gerhart Seger, Berlin; für den Inseratenteil u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komeriner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 30.

Z ZUBAN
Die guten
ZUBAN ZIGARETTEN
wieder eingetroffen
HEINZ NEEMANN

HERMANN TIETZ

LEIPZIGERSTRASSE / ALEXANDERPLATZ / FRANKFURTERALLEE

Für die Reise

Bügel-Bahnkoffer mit drei starken, ganz um den Koffer herumgehenden Bügeln, soliden kräftigen Schlössern, starken Ledergriffen u. schablonierlem Oelfarbenanstrich, **mit einem Einsatz, Kabinenform**
80 cm **250⁰⁰** 90 cm **275⁰⁰** 100 cm **300⁰⁰**

Bügel-Bahnkoffer wie oben, **mit einem Einsatz, hohe Form**
80 cm **275⁰⁰** 90 cm **300⁰⁰** 100 cm **340⁰⁰**

Bügel-Bahnkoffer wie oben **mit zwei Einsätzen, sehr hoch und breit**
80 cm **290⁰⁰** 90 cm **325⁰⁰** 100 cm **350⁰⁰**

Rucksäcke aus grünem Schiffleinen, mit Regenklappe und Lederbeschlägen **17⁵⁰ 27⁵⁰**

Baumwollstoffe

Waschkrepon in vielen Farben Mtr. **7⁵⁰ 9⁷⁵**
Baumw. Musselins in schönen Dessins .. Meter **9⁵⁰ 14⁵⁰**
Cotelé ca. 80 cm breit, in verschiedenen Farben ... Meter **11⁵⁰ 18⁵⁰**
Zephyr für Blusen und Oberhemden Meter **11⁵⁰ 15⁵⁰**
Voll-Voile bedruckt Blumenmuster, Mtr. **18⁵⁰ 27⁵⁰**
Trachtenstoffe in grosser Auswahl, Mtr. **13⁷⁵ 19⁷⁵**
Batist farbig bestickt, 70 cm breit ..... Meter **11⁵⁰** 115 cm br. Meter **18⁵⁰**
Frotté weiss, ca. 100 cm breit ..... Meter **19⁷⁵**

Kleiderstoffe

Mod. Bandstreifen für Blusen und Kleider .. Meter **19⁵⁰**
Tennisstreifen auf dunklem Fond, doppelbreit ..... Meter **24⁵⁰**
Musseline reine Wolle, im grossen Sortiment ..... Meter **39⁵⁰**
Römische Streifen rein. Woll., a. hell. Fond f. Röcke u. Kleider, Mtr. **49⁵⁰**
Voile reine Wolle, etwa 100 cm breit, mod. Farben ..... Meter **69⁵⁰**

Seidenstoffe

Blusenseide schwarz, weiss kariert .... Meter **29⁵⁰**
Waschseide 90 cm breit ..... Meter **39⁵⁰**
Bastseide ca. 85 cm breit, naturfarbig .. Meter **49⁵⁰**
Kleiderseide doppelbreit, in modernen Farben ..... Meter **56⁵⁰**
Kleiderseide gestreift und kariert .... Meter **69⁵⁰**

Imprägnierte Stoffe für Mäntel, 130 cm breit ..... Meter **79⁵⁰**

Coupékoffer aus schokoladefarbiger, longrain genarbter Hartplatte, guten Schliessschlössern, acht starken Schutzecken und kräftigen Metallgriffen
55 cm **65⁰⁰** 60 cm **70⁰⁰** 65 cm **75⁰⁰** 70 cm lang **79⁵⁰**

Coupékoffer mit einem Einsatz, braun longrain Hartplatte, extra stark, mit Metallschienen und guten Patent-Schnappschlössern
60 cm **95⁰⁰** 65 cm **110⁰⁰** 70 cm lang **125⁰⁰**

Reisetaschen braun longrain Kunstleder, mit Leder geködert, starken Rindledergriffen, gute Sattlerarbeit, mit solidem Stoffutter
36 cm **85⁰⁰** 39 cm **95⁰⁰** 42 cm **105⁰⁰** 45 cm lang **115⁰⁰**

Grosse Auswahl in Koffern aus echt. Rohrplatten und echt Vulkanfibre

Leipziger Strasse Alexanderplatz **Reisebüro** *Vertretung des Mitteleuropäischen Reisebüros und der Mitropa* *Amtliche Fahrkarten-Ausgabe* *Im Voraus erhältlich: Eisenbahn-Fahrkarten, Bett- und Platzkarten sowie zusammengestellte Fahrscheinhefte zu amtlichen Preisen, ohne Aufschlag*

Kriegsanleihe wird zu 84% in Zahlung genommen!

Außergewöhnlich **Billige Ausnahmepreise!!**

Für nur 2 Reisetage!

Reisemäntel, Glanzpopeline **183**
Impr. Seidenmäntel 248, 396

Reisekostüme **215**
Loden 421, feine Tuchmäntel 356, 519

Reiseröcke **79**
Frotté 65⁵⁰, Covercoatmäntel 198, 314

Gummimäntel für Damen 305, für Herren 352, 498, Manteilkleider 397, Sportjacken Trikot 40, Phantasie 126, Sportjacken in prachtvollen Farben, Wolle 165, Kunstseide 170, 251

Große Gelegenheitskäufe **Jetzt:**
Wundervolle Phantasiepelzmäntel 2500, 3900
Plüschmänt. 560, 850 / Astrachanmänt. 300, 490

Westmann

1. Geschäft: Berlin W8, Mohrenstrasse 37a — 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Schlafzimmer
eichenes, komplett 3850,—, weisses, 3000,—, Herrenzimmer, rundgebaute Bibliothek 4000,—, Speisezimmer, sehr gute Ausführung 4500,—, nußbaum Standuhren 1200,— Mark.

Viele Gelegenheitskäufe
in schweren Zimmereinrichtungen und Einzelmöbeln zu enorm billigen Preisen.

Hans Lennert
Lothringer Str. 55
am Rosenthaler Platz.

Zeißfeldstecher
6- und 8fach, kauft händlg.
M. Stockelmann,
Berlin W9, Potsdamer Str. 135
(Lützow 9289).

Glühlampen
Halbwattlampen und sämtl. Electro-Installat.-Material kauft
Schröder, Bernauer Str. 101,
Fabrikgeb. III.

Rasche Hilfe bei quälendem, besonders nachts unerträglich peinigendem
Hautjucken
bringt der sicher wirkende „Orlanda balsam", der auch in hartnäckigsten Fällen bewährt ist. M. 15.—. Zur gleichzeitigen inneren Kur Saltarin-Blutreinigungspulv. Schj. M. 4,50 übliche 3 Sch. M. 13.—. Otto Reichel, Berlin 48, Elsenbahnstr. 4

Schuhputz „Urbin-"

ist heute die Parole, wenn ich vom Bäcker Brot mir hole.

Soeben erschienen!

Mein Genosse

Ein Buch für die schaffende Jugend

Dieses mit Kunstbeilagen geschmückte Werk gibt auf über 100 Seiten der Jugend die beste Einführung in die proletarische Weltanschauung, in die Kämpfe und Aufgaben der unterdrückten Klasse. Das beste Geschenk für die Arbeiterjugend

Gut gebunden Mark 10.50
Organisationen bedeutende Preisermäßigung

Verlag Junge Garde / Berlin C 2
Stralauer Straße 12

Kleide Dich billig, elegant!
im Leihhaus Moritzplatz 58a

Jackett-Anzüge Cutaways, Ulster teils auf Seide, früher bis 1200 Mk. **Jetzt für 400—500 Mk.** Ferner **Damen-Kostüme, -Mäntel, enorm billig!** Nach beendeter Saison **50% herabgesetzt.** Kreuzfuchs, Zobel-, Blau-, Weiß-, Silberfuchs. Keine Lombardware.

Möbel
liefert zu **herabgesetzten Preisen** gegen **bar** und **Teilzahlung** mit kleiner **Anzahlung.**
Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer Herrenzimmer sowie Teppiche, Gardinen, Dekorationsgegenstände in großer Auswahl
Einzelne Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Straße 67.

Geld
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. **Wolff,** Friedrichstr. 41, III. Ecke Kochstraße.

Homöopath. Institut Meissner
Müggelstr. 25 am Bahnhof Frankf. Allee
Haut-, Harn-, Geschlechts- u. Frauenleid., nervöse Schwäche, Spez. **veralt. Fälle** b. schnellst. sch. u. schmerzlosest Behandl. ohne Berufsstörung. Auskunft kostenlos. **Harn- u. Blutuntersuchung** 10-1, 5-8, Donnerst. u. Sonntags 11-12.

Platin-Goldbruch, Zahngebisse
kauft Uhrmacher zu reellem Tagespreis
Neukölln, Bergstraße 140
Eingang Goethestraße, im Laden. Tägl. von 9—7 Uhr
Vorzeiger dieses erhält Mk. 3.— beim Verkauf.
Straßenbahnlinie: 7, 10, 15, 22, 46, 47, 48, 53.
— 5 Minuten vom Ringbahnhof Neukölln. —

Händler!
Neu eingetroffen:
Feldgraue Drellanzüge, Drelljacken, Khakianzüge, feldgraue Hosen usw.
Gattel & Wasserzug
Berlin, Kurstrasse 32 III

Achtung! Händler!
Seifen, Doppelriegel, Seifenpulver, Toilettenseife, Kaltseife, Lanolin, Persil, Feine und Stücken-Soda, Streichhölzer, Urbin, Nigrin
Billigste Bezugsquelle auch Sonntags geöffnet **Huth,** Brunnenstr. 169

Botenfrauen stellt sofort ein **Spedit. Johannisstr. 9** (Ecke Artilleriestr.)

Nußbaumfournier
amerik. 16 M., Eiche 4 M., verk. W. Herzig, Prenzlauerstr. 46.

Frackverleihinstitut, Friedrichstr. 122/123. Frack, Smoking, Gehrockanzüge. Elegante moderne Sachen. Mäßige Preise

---

Die **Kreutzer-Sonate**
von Leo Tolstoi
164 Seiten Mk. 1.50
Buchhandlung Freiheit
Breite Straße 8-9

Zu kaufen gesucht
„Hilferding" „Das Finanzkapital". Broschiert oder gebunden. Angebote an die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8/9.

Spez.-Beh. nur für **Ischias** in Hüft-, Gesäß u. Bein. Da schm. Fälle in 15 Tagen befeit. m., hierüber unentgeltl. Heilerf. besteh. u. Referenzen. Invalidenstr. 106, von 1—3. **Jacoby**

Genossen werbt für die „Freiheit"!